Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

28.1.1892 (No. 22)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 22. Donnerstag, den 28. Januar 1892.

Zur Verhandlung über den vierten Ministerialpräsidenten.

** **Karlsruhe**, 26. Januar.

Eine Sitzung wie die heutige hat die Zweite Kammer wohl noch selten gehabt. Die Geschichte mit dem 4. Ministerialpräsidenten stand auf der Tagesordnung. Man mußte wissen, daß die Debatte einen größeren Umfang annehmen und das ganze Ministerium berühren würde. In der Kommission waren die Herren sammt und sonders aufmarschirt und jeder Minister hatte für sich feierliche Erklärungen abgegeben. Heute erschien nur Turban allein und legte eine Haltung an den Tag, die Mitleid einflößen konnte. Ein Centrumsabgeordneter machte nach der Verhandlung die Bemerkung: „heute sind wir am Grabe des Ministeriums Turban gestanden;" ein anderer erwiderte: „am Grabe nicht gerade, aber am Krankenlager." Diesen Eindruck hat Turban's Auftreten gemacht. Mangelhafter und schwächlicher war wohl noch nie eine Regierung vertreten als heute die gegenwärtige badische durch ihren Chef Turban. Er wollte sogar geltend machen, der Kultusminister sei nicht anwesend, da Abg. v. Buol das kirchenpolitische Gebiet betreten hatte. Abg. Wacker wies ihn auf den Inhalt des Kommissionsberichtes hin und auf das Erscheinen des Gesammtministeriums in der Budgetkommission, mit Recht betonend, daß die Centrumsmitglieder, welche die Herren Minister nicht einmal in der Kommission hätten haben wollen, nichts dafür könnten, wenn sie trotz der erwähnten Umstände jetzt nicht da seien. Sehr wirksam wies er auch darauf hin, daß der Ressortminister keine Kirchenpolitik mache ohne den Staatsminister, während umgekehrt die Kirchenpolitik des Kultusministers mitunter die des Staatsministers sei oder wenigstens die Färbung von ihm erhalte. Endlich bemerkte er ihm auch noch, daß er auf die vom Abg. v. Buol betonten Momente Bescheid wissen müsse, da sie ihn persönlich mehr berührten als den Kultusminister. Turban mußte es nachher mit anhören, daß selbst der Abg. Fieser im Tone des Vorwurfes hierin dem Abg. Wacker vollständig Recht gab, indem auch er seine Verwunderung über die Abwesenheit der übrigen Minister aussprach. Nachdem v. Buol Namens der Fraktion die Ablehnung der Regierungsforderung aus sachlichen und politischen Gründen dargelegt hatte, waren die Ausführungen der Abg. Birkenmayer und Wacker im Grunde genommen nur Ergänzungen und ausführlichere Darlegungen. Insbesondere die letzteren waren wuchtige Schläge, die Staatsminister Turban nicht zu pariren wußte. Weitaus das Meiste nahm er schweigend hin. Und was er über seine Haltung in der Affaire Stößer-Turban und bei den kirchenpolitischen Angelegenheiten auf den Landtagen 1879/80 und 1887/88 vorbrachte, war äußerst schwach und konnte nur mit Kopfschütteln aufgenommen werden. Auf das politische Sündenregister, welches in so nachdruckvoller Weise namentlich vom Abg. Wacker entrollt wurde, ließ er sich gar nicht ein. Auch wußte er nichts mehr zu sagen, als derselbe ihm die Bedeutung und Tragweite des Art. 1 des Gesetzes von 1888 (Seminarien betreffend) darlegte. Auch zu dem sehr effektvollen Schlußabschnitt der Rede Wackers sagte er nichts und hatte doch wahrlich sehr dringenden Anlaß, falls er Etwas zu sagen wußte. Ohne die kirchenpolitischen Momente in den Vordergrund zu stellen (er betonte ausdrücklich, daß die reinen politischen Gründe ihn zur Ablehnung bestimmen würden, wenn er auch in kirchenpolitischer Beziehung keine Klage hätte), wies er doch höchst wirkungsvoll darauf hin, welche Tändeleien die Regierung, „welche den Namen Turban trägt," bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles verfolgt habe, welche Zumuthungen an den Erzbischof bei Wahlen gestellt worden seien und wie selbst Rom mißbraucht werden wollte, wie päpstliche Würdenträger ausgenützt, besondere Reisen unternommen und Briefe geschrieben wurden, so daß man in Rom glauben könnte, die besten Freunde des Papstes wohnten in den Ministerhotels zu Karlsruhe. Nicht minder wirkungsvoll war die Klage, daß gerade an solchen Stellen, deren Urtheil uns nicht gleichgültig sein könnte, Erzbischof, Klerus, Katholiken und Centrum ständig verdächtigt und in Folge dessen falsch beurtheilt werden.

Eine „recht interessante Neuigkeit" — wie Abg. Wacker sich ausdrückte — förderte ein Zwiegespräch zwischen ihm und Fieser zu Tage. Wacker hatte die „Bad. Corr." als parteioffizielles Organ der Nationalliberalen bezeichnet, worauf Fieser zur allgemeinen Verwunderung widersprach. Natürlich nahm Wacker den Widerspruch nicht ohne Weiteres an und da gab ein Wort das „andere" und erfuhr man, daß das Blatt seit Januar nicht mehr Parteiorgan sei. „Nun, dann kann uns der Minister des Innern wohl sagen, wen dieses Blatt zuerst angeht", meinte Wacker, erhielt aber von der Regierungsbank keine Auskunft. Das war und ist übrigens auch eine Antwort — die „Bad. Corr." ist Regierungsorgan.

Auf eine weitere Frage ließ er sich gleichfalls in keiner Weise ein. Wacker und nach ihm noch energischer Mufer wollte wissen, ob die „Bad. Corr." wirklich von den Bezirksämtern aus Mitteln der Handkasse gehalten werde. Turban schwieg beharrlich. Auch dieses Schweigen war eine deutliche Antwort. Der Abg. Birkenmayer ließ dem Abg. Friderich, den Wacker in angemessene Beleuchtung gestellt hatte, eine böse Abfuhr zu Theil werden. Derselbe hatte nämlich eine von ihm extra herausgelockte Privatäußerung Birkenmayers in's Treffen geführt und zwar gegen das Centrum. Nun meinte Birkenmayer mit Recht, bei einer solchen Praxis höre der gesellschaftliche Verkehr auf und erzählte seinerseits, derselbe Friderich habe ihm bei jener Gelegenheit gesagt: „Wenn Sie nicht dafür stimmen, werden Sie nicht Oberlandesgerichtsrath."

Auch für den Staatsminister setzte es einige Hiebe ab, die saßen. Eine große Ueberraschung bereitete der Abg. v. Stockhorner. Man hatte mit Grund erwartet, er würde mit Kirchenbauer gegen die Regierungsanforderung sprechen und stimmen, was nicht der Fall war. Die Art, wie er den Rückzug zu decken suchte, macht seinem politischen Rufe keine Ehre.

Eine possirliche Rolle spielte der Abg. Pfefferle, dieser „Springinsfeld" von Endingen, an dem jeweils Alles in Thätigkeit ist, wenn er spricht. Er hielt die Rede wieder, die er vor 2 Jahren gehalten, ohne daß sie durch die Repetition geläufiger wurde. Mit Berufung auf seine katholischen Wähler verkündete er der Kammer, daß das katholische Volk von Orden wie überhaupt von weiteren Anforderungen der Kirche nichts wissen wolle.

Der Abgeordnete Fieser war nachher so boshaft, ihn zum „römisch-katholischen Kollegen" zu stempeln und als Zeugen dafür vorzuführen, daß die Katholiken zufrieden seien. Im Uebrigen kam er sehr gut weg, da ein Schlußantrag den Abg. Wacker nicht mehr zu Wort kommen ließ.

Eine eigenthümliche Rede bekam man von Fieser zu hören. Mit größter Ungenirtheit wiederholte und erweiterte er sogar die bekannte Aeußerung, die er in der Budgetkommission gemacht hatte. Dann fügte er den bezeichnenden Satz bei, **das Centrum und die Kirchenbehörde hätten noch mehr erhalten, wenn Lender an der Spitze der Partei geblieben wäre.** Das ist natürlich pure Unwahrheit, durch Thatsachen beweisbar, charakterisirt aber den Mann und seine Partei vortrefflich. Jedenfalls gesteht er damit zu, daß die Kirche noch begründete und berechtigte Forderungen hat.

Theilweise unwahr und höchst unnobel führte er Vorgänge in's Treffen, die auf dem Landtage 1885/86 innerhalb der Centrumsfraktion sich abgespielt haben. Er durfte noch mehr als Pfefferle froh sein, daß der Abg. Wacker nicht mehr zu Wort kam. Im Uebrigen stach seine Rede nach Inhalt und Form sehr vortheilhaft von der des Abg. Kiefer ab, dessen Denken mehr als je „aus Rand und Band gekommen" zu sein scheint.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn der Mann nicht mehr in der Kammer wäre. Hätte der Abg. Wacker den Akkord mit ihm geschlossen, den Boden für günstige Centrumswahlen im Jahre 1893 vorzubereiten, so könnte er kaum anders auftreten, als er bisher gethan hat. Er wird auch von Tag zu Tag mehr „das Kreuz" der Partei.

Deutschland.

Berlin, 26. Januar.

Nach der „Nordd. Allg. Ztg." wird die Nachricht der „Köln. Ztg." über den Entlassungsgrund des Finanzministers Miquel zuständigerseits in den wesentlichsten Punkten als irrig bezeichnet. (Diese wesentlichsten Punkte dürften doch wohl nur unwesentliche sein. Red.)

— Vor einiger Zeit haben wir gemeldet, daß der Justizminister einen vortragenden Rath nach Xanten geschickt habe, um über den Verlauf der Untersuchung in Sachen des Knabenmordes zu berichten. Die Sache macht ziemlich viel von sich reden und man muß deshalb den Sachverhalt näher erwähnen. Dieser ist nun kurz folgender: In einem Straßendurchgange der Stadt Xanten wurde die Leiche eines ermordeten Knaben gefunden. Der Verdacht der Thäterschaft fiel auf einen Schlächter, der in Untersuchungshaft gezogen, aber, da Staatsanwaltschaft und Strafkammer ihn nicht ausreichend belastet fanden, wieder außer Verfolgung gesetzt wurde. Der Thäter ist bisher nicht ermittelt worden, obgleich ein Berliner Kriminalbeamter zur Mithilfe bei den Nachforschungen an Ort und Stelle entsendet war. In der antisemitischen Presse ist nun seit einiger Zeit die Behauptung kolportirt worden, daß der Schlächter, ein Jude, im Gegensatz zu der Ansicht des Gerichts, doch der Mörder sei und daß ein jüdischer „Ritualmord" vorliege. Um alles das zu untersuchen, ist wohl der Rath aus dem Justizministerium nach Xanten gesandt worden. An den Bericht über diese Vorkommnisse hatte nämlich die antisemitische Presse die Verdächtigung gegen die preußische Rechtspflege geknüpft, es sei auf unlautere Einflüsse zurückzuführen, daß der Schlächter nicht vor die Geschworenen gestellt worden sei! Es ist nun zwar, wie die „Nationalztg." bemerkt, kein erhebendes Zeichen der Zeit, daß derartige Ausstreuungen eine besondere Untersuchung seitens des Justizministers nothwendig erscheinen lassen, aber unter den obwaltenden Umständen wird eine solche Untersuchung nützlich sein, indem der Werth jener Insinuationen festgestellt wird.

München, 23. Jan. In der heutigen Sitzung der Kammer erklärte bei Berathung des Kultusetats der Kultusminister v. Müller über die Redemptoristenfrage, die Staatsregierung habe sich überzeugt, daß eine Verwandtschaft zwischen den Redemptoristen und dem Jesuitenorden nicht besteht. Diese Ueberzeugung sei in einer Denkschrift an den Bundesrath niedergelegt worden. Der Antrag sei angekündigt worden, doch seien die Verhandlungen noch streng vertraulich und er sei deshalb nicht in der Lage, sich weiter zu äußern, als die Hoffnung auszusprechen, daß das Ziel in nicht allzu ferner Zeit erreicht werden möge. Die Regierung erachte sich für verpflichtet, alles zu thun, was geeignet sei, das Ziel zu fördern.

An dem Sterbebette der Frau Herzogin Maximilian in Bayern sind die meisten Kinder, Enkel und Urenkel versammelt gewesen; unter anderen die Herzöge Dr. med. Karl Theodor und Ludwig. Die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, eine Tochter der Verstorbenen, hatte abtelegraphiren lassen, da sie selbst an Darmkatarrh leidet. Fürst Thurn und Taxis und der Herzog von Alençon waren ebenfalls am Sterbebette zugegen.

Ausland.

Wien, 26. Jan. Es muß außerordentlich schwer sein, die Urheber eines Börsenschwindels zu ermitteln. Der Börsenvorstand hat trotz allen Forschens nicht herausgebracht, wer die bekannte Panik vom 14. November vorigen Jahres verschuldet hat. Jetzt kommt auch der Staatsanwalt und stellt die Untersuchung gegen das „Wiener Tagebl." ein, das die Lüge in die Welt gesetzt hatte, der Kaiser habe sich einem Abgeordneten gegenüber sehr ungünstig über die Friedensaussichten geäußert. Herr Szeps vom „Tagebl." steht gereinigt da, die goldenen Schäflein der Spekulanten sind im Trockenen, und die Schafe, die geschoren wurden, warten, bis ihnen wieder das Fell wächst. In der That, eine recht traurige Geschichte, die zum Nachdenken über den Einfluß der Börse mahnt.

Bern, 26. Januar. Der Nationalrath hat die Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn einstimmig (mit 115 Stimmen) angenommen.

Paris, 26. Jan. Die von den hiesigen Blättern gemeldete Verhaftung eines Deutschen, Namens Kayser, erfolgte nicht, wie die Zeitungen angaben, wegen Spionage, sondern auf Verlangen der deutschen Botschaft wegen Betrügereien.

London, 26. Jan. Gestern kündigten die Cumberland Kohlenbergwerke ihren Arbeitern eine Lohnreduktion, welche am 8. Februar beginnen soll, an und zwar 15 pCt. für Untertagarbeit und 5 pCt. für Uebertagarbeit. Die Bergleute beschlossen, diese Reduktion zu bekämpfen.

Petersburg, 26. Jan. Der „Nowosti" zufolge ist die Erledigung des dem Reichsrathe zugestellten neuen Judengesetzes vertagt worden, da einige Abänderungen erforderlich seien. Die Kommission, welche das Gesetz ausgearbeitet habe, soll dieselben vornehmen.

Auf Befehl des Kaisers wird in den Nothstands-Gouvernements den Bauern, welche ein Hausgewerbe betreiben, das nöthige Holz unentgeltlich aus den Staatsforsten abgelassen werden.

New-York, 26. Jan. Ein Telegramm des Reuter'schen Bureaus aus Santiago besagt: Chile zog das von den Vereinigten Staaten Nordamerikas

---

Im Sturme geläutert.

20) Von Philipp Laicus.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ah," sagte er, „das ist die Folge davon, wenn unsere menschliche Schwäche und Eitelkeit keine Ruhe läßt, den wohlwollenden Fürsten zu spielen, der am Ende auf der Szene erscheint, alle Berge ebnet, alle Thäler ausfüllt, und sich von den Thränen Derer, die er glücklich gemacht hat, die Hände benetzen läßt. Natürlich kommen solche fürstlichen Geschichten immer nur auf dem Theater vor; in der Wirklichkeit ist's wesentlich anders. Da tritt die romantische Vorsehung an das Lager eines schwachköpfigen Advokaten und ruft: „Laß Deine Nachtruhe fahren! Stehe auf und schreibe Dich um dreitausend Franken." Da bin ich aufgestanden, und Sie werden mir bezeugen, daß ich dem Rufe des Schicksals mit Anstand und einem Eifer nachgekommen bin, welcher ein besseres Ziel verdient hätte."

„Ich würde Ihnen gerne das verlangte Zeugniß abgeben, wenn Sie die Güte haben wollten, mir Ihre Worte zu erklären. Denn wenn Sie hindostanisch gesprochen ..., weniger hätte ich auch nicht davon verstehen können."

„Da ist dieser Lourdaud ..."

„Ihr guter Freund?"

„Derselbe. In den Millionen, die er bereits besitzt und deren flüssigen Theil er wohlweislich in England untergebracht, will er weitere Millionen erwerben."

„Und das nehmen Sie ihm übel?"

„Durchaus nicht. Nur die Art und Weise, wie er das will."

„Nun?"

„Zu diesem Behufe Vergrößerung der Fabrik, dazu ist nothwendig die Erwerbung eines daranstoßenden Geländes. Aus diesem Gelände besteht das ganze Vermögen eines Bauunternehmers, der noch etwa zwanzigtausend Franken zu bezahlen hat. Für diesen Betrag laufen Wechsel. Statt nun zu sagen: ich zahle Dir einen annehmbaren Preis, abzüglich der Wechsel, die ich am Verfalltage einlösen werde, bringt er die Wechsel an sich, erwirkt Urtheil, da mein Klient keine weiteren Mittel mehr hat, um zu zahlen, und bringt das Gelände um den halben Werth auf dem Wege der Zwangsversteigerung an sich."

„Welche Gemeinheit! Aber warum hat Ihr Klient über seine Mittel gekauft?"

„Der Kauf datirt bereits seit fünf Jahren. Kein Mensch dachte damals an die Stürme der Gegenwart. Er muß nur verkaufen können; die Spekulation ist so solid, als irgend ein ..."

„Und da wollen Sie?"

„Wir stehen vor dem ersten Wechsel. Lourdaud hat Urtheil erwirkt und läßt heute das Ganze versteigern. Ich habe jetzt an meinen Bankier geschrieben, mir die dreitausend Franken parat zu halten; ich löse ihn ein!"

„Das ist schön! Armand!"

„Das ist dumm, Gustav!" fuhr der Advokat auf; „denn wenn ich mit dreitausend drin stecke, muß ich die zwanzigtausend bezahlen. Heute bin ich noch frei; geht mein Klient zu Grunde, so trifft das nur ihn. Morgen trifft das auch mich. Aber diese verdammte Weichherzigkeit! Da ringt die Frau die Hände und die Kinder schauen verzweifelt ihre Mutter an. Das war einmal eine glückliche Familie, in der man nur freudestrahlende, zufriedene Gesichter sah ... und jetzt kommt dieser kalte Geldmensch, profitirt seine fünfzigtausend Franken und stiehlt den Leuten die Frucht ihrer Mühen und Sorgen."

„Er wird ihnen nicht mehr stehlen als ..."

„Das Gelände hat einen Werth von hunderttausend Franken, wenn es in ruhige Zeiten hinübergerettet werden kann. Wer kauft heute ein Areal für hunderttausend Franken? Wer leiht Geld auf Hypotheken? Der Staat druckt Papiergeld, dem er Zwangskours geben muß, das Metall verkriecht sich!"

„Sehr wahr, Freund, sehr wahr!"

„Nun hab' ich gesagt — nennen Sie es Dummheit, oder nennen Sie es Eitelkeit — nein, man soll den Mann nicht unglücklich machen; dieser Geldbaron soll nicht triumphiren. Ich werde interveniren, ich bin Advokat und habe eine nicht üble Klientel; wenn ich selbst das Geld verliere, so werde ich darum nicht Hunger leiden. Aber das Glück soll wieder in diese Familie einziehen."

„Nein, lieber Armand," rief Svenson, ihm in die Rede fallend, und seine beiden Hände ergreifend; „das ist nicht Dummheit und nicht Eitelkeit; das ist der praktische Protest eines edlen Herzens gegen die graue Theorie eines Verstandes, der keinen Gott anerkennen will."

„Ach was ..." meinte der Advokat ärgerlich.

„Ihr Lourdaud ist konsequent," fuhr Gustav fort. „Die Nichtexistenz Gottes führt zur Selbstvergötterung. Einer muß doch der Höchste sein; und wenn nicht Gott, wer denn anders als Sie?"

„Die Menschheit!"

„Die Menschheit ist ein abstrakter Begriff, mit welchem Sie in der Praxis nichts anfangen können. Wir haben gestern Abend die Menschheit gesehen! Wollen Sie der Majorität der Chinesen, Afrikaner und Azteken die Feststellung Ihrer Lebensbedingungen überlassen? Halten Sie irgend eine Majorität berechtigt, Ihnen die despotische Regierungsform, verbunden mit Vielweiberei und Sklaverei aufzunöthigen?"

Der Advokat sah seinen Freund groß an.

„Betrachten Sie mich nicht so erstaunt! So lautet die Frage in praxi, wenn die Menschheit Ihr Gott sein soll. Sie werden mir sagen, die Besten, die Edelsten. Aber bemerken Sie denn nicht, daß das gerade die Aristokratie ist, die Sie um deßwillen verabscheuen, weil Sie behaupten, das wären nicht die Besten, die Edelsten, sondern die Schlechtesten und Niederträchtigsten, welche ihre glückliche soziale Lage benützten, um die andern auszubeuten."

„Und ist es etwa anders?"

„Das wollen Sie natürlich entscheiden; und je nach dem Ausfalle Ihrer Entscheidung werden Sie sich für oder gegen sie erklären; Sie werden sie unterstützen oder bekämpfen."

„Ganz richtig."

„Gewiß. Nur vergessen Sie nicht, daß Sie sich über jene stellen, wenn Sie dieselben richten. Sie sind und bleiben Ihr eigener Gott, wenn Sie nicht einen wirklichen persönlichen Gott über sich anerkennen wollen."

„Dabei werde ich mich aber stets von den Forderungen der Ehre und des Gewissens leiten lassen."

„Das glauben Sie," sagte Svenson ruhig. „Als Gott werden Sie alle Dinge auf sich beziehen, und sie nach dem Maße beurtheilen, als sie Ihr Wohlgefallen oder Ihr Mißfallen erregen. Eine Zeitlang mag sich das mit Ehre und Gewissen decken. Aber mit der Zeit werden diese Factoren zurücktreten und das eigene Interesse drängt sich vor. So ist's, Lourdaud gibt Ihnen den besten Beweis: Ihr Architekt kommt bei ihm nicht als ein Wesen eigener Art, mit gleichen Rechten und Pflichten, wie er selbst, in Betracht, sondern nur in soweit ihm derselbe nützen kann. Das kann er als Besitzer eines Terrains, das jener gerne haben möchte; er nimmt's ihm ab und was weiter aus dem Besitzer wird, das ist ihm ganz gleichgültig. Dieses Empfindungswesen hatte für ihn überhaupt keinen anderen Zweck, als ihm zu dienen; den hat's erfüllt und somit kann es abkommen."

„Und Sie halten mich im Prinzip einer gleichen jämmerlichen Gesinnung fähig?" fragte der Advokat scharf. „Sie meinen, es sei nur eine Frage der Zeit, bis ich in diesem sittlichen Bodensatze mich mit demselben Vergnügen herumwälze, wie das Schwein im Schlamm?"

Der Norweger zapfte sich gemüthlich eine Tasse Kaffee aus der auf dem Tische stehenden, brodelnden Maschine.

„Nicht so hitzig, Verehrtester," meinte er lächelnd. „Wir sind übereingekommen, unsere verschiedenen Standpunkte rückhaltlos und ohne beleidigende Absicht zu entwickeln. Wenn Ihr Standpunkt sittlich gleichwerthig mit dem meinen wäre, so würde ich sehr gerne die Ihrigen einnehmen; denn ich kann Sie versichern, bequemer und angenehmer ist er auf alle Fälle."

„Sie haben darin Recht," meinte der Advokat ein wenig beschämt. „Wir wollten uns rückhaltlos sagen, was wir für wahr halten, um so dem näher zu kommen, was wahr ist."

„Und meine feste Ueberzeugung ist, daß Sie nicht als Atheist sterben werden."

Der Advokat lächelte mit überlegener Miene.

„Ja, mein Freund," meinte der Norweger hitzig; „Sie sind zu verständig, um den Widerspruch unserer sittlichen Natur mit den vernünftigen Konsequenzen der Gottlosigkeit nicht einzusehen; und das wird bei Ihnen so lange arbeiten, bis Sie sich für das Eine oder das Andere entscheiden. Sie werden aber auf die Dauer ihre sittliche Natur nicht verläugnen; denn sonst würden Sie jetzt schon zu Lourdaud gehen und ihn einfach fragen, was er Ihnen dafür bezahlt, daß Sie Ihre dreitausend Franken in der Tasche behalten. Statt dessen schelten Sie sich einen Esel und wollen Frieden und Glück in eine geängstigte Familie zurückführen. Das heißt, Sie erkennen an, daß diese Handlungsweise von Ihrem Standpunkte thöricht ist; von dem meinigen ist sie erhaben, und ich schließe daraus, daß Sie zu dem meinigen gelangen werden."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

beanstandete Rundschreiben des früheren Ministers Matta zurück und erkannte an, daß es auf einem Irrthum beruhe; ebenso die Forderung der Rückberufung Egans. Es schlug ferner vor, die Angelegenheit von Baltimore dem Gerichtshofe der Vereinigten Staaten zu unterbreiten. (Damit ist also offenbar der angeblich drohende „chilenisch-nordamerikanische Krieg" beendigt.)

Kairo, 26. Jan. Heute Mittag leisteten die ägyptischen Offiziere dem Khedive Abbas Pascha den Eid der Treue. Dem Akte wohnten bei der Kriegsminister, der Scheik ul Islam und General Grenfell.

Deutscher Reichstag.

C.P.O. **Berlin**, 25. Januar.

Im Reichstage wurde heute das Uebereinkommen mit Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nach kurzer Debatte in erster Lesung erledigt. Die zweite Berathung des Handelsvertrags mit der Schweiz dagegen führte noch zu einer so umfangreichen Debatte, daß gegen 6 Uhr die Sitzung abgebrochen und zur Fortsetzung der Berathung eine Abendsitzung auf 1/2 9 Uhr anberaumt wurde. In der Diskussion wurde aber im Wesentlichen nichts vorgebracht, was nicht schon bei der ersten Berathung vorgetragen wurde.

Insbesondere wurde seitens der elsässischen Abgg. Ruhland und Dr. Peter über die Herabsetzung der Garnzölle, welche die elsässischen Spinnereien in ihrer Existenz bedrohe, geklagt; sie wollen deshalb auch gegen den Vertrag stimmen.

Anders der Centrumsabgeordnete Landes, der zwar die Herabsetzung des Käsezolles im Interesse der Käseproduktion des Allgäu, seiner Heimath, bedauerte, dennoch aber das Opfer bringen wollte, für den Vertrag zu stimmen.

Der freisinnige Abg. Brömel sprach seine Freude über diese Haltung aus, die sehr im Gegensatz zu der Art und Weise stehe, wie die Interessen der elsässischen Spinnereien vertreten würden. Die Zollherabsetzung auf feine Garne betrage nur 6 Pfennige pro Kilogramm, das einen Werth von M. 3,60 repräsentire.

Auch der preußische Handelsminister v. Berlepsch trat den schwarzen Befürchtungen der elsässischen Vertreter entgegen. Die deutsche Feinspinnerei habe überdies auch von dem bisherigen höheren Zolle keinen Vortheil gehabt, da sie der englischen Konkurrenz doch nicht gewachsen sei. Um dies zu erreichen müßte man Prohibitivzölle einführen; dazu aber werde sich der Reichstag, den Verhältnissen der Weberei gegenüber, deren Rohstoffe die Garne sind, gewiß nicht entschließen.

(Abendsitzung.

Eröffnung 8 Uhr 40 Minuten.

Am Bundesrathstische: Frhr. v. Marschall, v. Rottenburg, v. Schraut u. A.

Haus und Tribünen sind sehr schwach besucht.

Die zweite Berathung des Handelsvertrages mit der Schweiz wird fortgesetzt beim deutschen Einfuhrtarif.

Abg. Möller (nat.-lib.) bedauert, daß die deutsche Feingarnindustrie durch die Grobgarnindustrie immer mehr zurückgedrängt werde, in Folge einer falschen Staffelung der Garnzölle.

Abg. Winterer (Elsässer) tritt der Behauptung des preußischen Handelsministers entgegen, daß die elsässische Baumwollindustrie nur für den elsässischen Bedarf produzire, ihre Befürchtungen wegen der schweizerischen Konkurrenz daher unbegründet seien.

Geh. Rath Mosler führt demgegenüber aus, daß die Angaben des Ministers über den minimalen Absatz der elsässischen Baumwollenindustrie in Deutschland selbst auf den denkbar sorgfältigsten Beobachtungen beruhten.

Abg. Menzer (kons.) erklärt, daß er sich anfangs seine Stellungnahme zu dem Vertrage vorbehalten habe, daß ihm jedoch die Haltung, welche der Regierungskommissar in der freien Kommission eingenommen — er habe verächtlich von den Wünschen mikroskopischer Existenzen gesprochen — die Zustimmung nicht erleichtert habe.

Staatssekretär Frhr. v. Marschall legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß hier aus den vertraulichen Besprechungen der freien Kommission einzelne Bemerkungen an die Oeffentlichkeit gebracht werden.

Abg. Dr. Barth (freis.) führt ebenfalls aus, daß wesentliche Interessen der elsässischen Industrie gar nicht in Frage stünden. Es nehme sich komisch aus, daß die elsässischen Schutzzöllner, obgleich die gesammte elsässische Industrie höchstens eine Belastung von 96,000 M. zu erwarten habe, nun den Reichstag beschwören, nicht ein Unglück über die zahlreichen Arbeiter, über Land und Volk zu bringen. Wo sei denn die Rücksicht auf die Arbeiter bei den Lebensmittelzöllen geblieben? Das Geschrei der Elsässer sei typisch für das Verhalten unserer Schutzzöllner überhaupt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Marquardsen (nat.-lib.) erklärt sich trotz einzelner Bedenken, namentlich wegen Erhaltung der Allgäuer Käseindustrie, für den Vertrag. Er hoffe aber, daß es der Regierung gelingen werde, die Schweiz von der drückenden Bruttoverzollung, bei der also auch für die Verpackung der Zoll bezahlt werden müsse, abzubringen.

Der Tarif wird hierauf angenommen; desgleichen der Rest des Vertrages.

Schließlich wird noch die vom Abg. Dr. Barth beantragte Resolution wegen schiedsrichterlicher Austragung der aus den Handelsverträgen entstehenden Streitigkeiten zur Berathung gestellt.

Abg. Dr. Barth (freis.) führt zur Begründung aus, daß die gleiche Anregung auch in Oesterreich, Italien, Belgien und auch der Schweiz sehr günstige Aufnahme gefunden habe.

Ohne weitere Debatte wird hierauf die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei angenommen.

Morgen 1 Uhr: Zweite und dritte Lesung der Abkommen mit Oesterreich-Ungarn und Italien wegen des Patentschutzes, dritte Lesung des Handelsvertrages mit der Schweiz; zweite Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Transitläger.

Schluß 10 1/4 Uhr.

Berlin, 26. Januar.

Der Reichstag nahm in zweiter Lesung das Abkommen mit Oesterreich-Ungarn und Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz an und begann die dritte Lesung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages. Abgeordneter Frhr. v. Stumm befürchtet durch denselben eine ungünstige Beeinflussung des deutschen Handels. Staatssekretär Frhr. v. Marschall erklärt die Vergleichung der schweizer und der deutschen Zölle für schwer. Abg. Möller (nat.-lib.) wird trotz vieler Bedenken für den Vertrag stimmen. Freiherr v. Marschall führt aus, bei der Sicherung der Zollsätze könne man sich nur auf Tarifverträge stützen. Abg. Brömel (freis.) bestreitet, daß die Elsässer Anlaß zur Klage haben. Abg. v. Vollmar (Soc.) befürwortet die Abschaffung der Lebensmittelzölle.

Katholische Volksversammlung in Freiburg.

(Schluß.)

? **Freiburg**, 24. Januar.

Dr. Lieber (fortfahrend). Die Socialdemokratie will die Religion allerdings nicht todtschlagen, aber das muß die Wissenschaft besorgen. „Sorgt nur für gute (d. h. socialdemokratische) Schulen," sagt Bebel, „dann wird die Wissenschaft schon mit der Religion fertig werden." Es wird aber auch gar keinen Platz für die Religion in der socialdemokratischen Gesellschaft geben. Wo soll sie eingepflanzt, wo gepflegt werden? Die Socialdemokratie ist religionsfeindlich, besonders auch in den Aussprüchen ihrer Wortführer. Es wäre außerordentlich leicht, sowohl aus den Reden der socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage, als auch der socialistischen Wortführer in den Versammlungen, der Flugschriften, den Tagesblättern, den anerkannten Partei-Organen, ganze Broschüren solcher Aussprüche zusammenzustellen. „Wir halten Gott" — so sagte der österreichische Agitator Schall — „für ein Asyl der Dummheit, als das größte Uebel in der Welt, und darum erklären wir Gott den Krieg." „Pflicht eines jeden Einzelnen ist es," sagt ein Anderer, „vor allen Dingen dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder von den Glaubenslehren ferne gehalten und in den Geist der Wahrheit des Socialismus von Jugend auf eingeführt werden." — „Das Christenthum ist [illegible]lich," wie das tonangebende Organ der „Socialdemokrat" gesagt hat, „eine blödsinnige Religion. Gott aus dem Gehirn der Menschen zu vertreiben, ist die höchste Aufgabe der Socialdemokratie. Vernunft und Gottesglaube sind zwei Dinge, die einander ausschließen. Wir sind Feinde aller Pfaffen und aller Kirchen aus Princip, schon deshalb weil wir Atheisten sind. Die Zukunft muß dem Atheismus gehören; nur in ihm ist Heil für die Menschheit."

Die Socialdemokratie geht auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, das sie umgestalten will, von der Religionsfeindlichkeit aus. Ist da nicht die dringendste Aufforderung für uns gegeben, diesen Leuten gegenüber, die da rufen: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch, um Eure Forderungen durchzusetzen!" d. h. insbesondere diesen Religionshaß ins Leben zu übertragen, unsererseits den Ruf zu erheben: „Katholiken aller Länder vereinigt Euch!" (Lebhaftes Bravo!) Ja, das ist die Absicht, wenn wir nunmehr zur Bildung und Ausbreitung des Volksvereins uns auch an Sie wenden.

Man könnte sagen: Warum denn nur Katholiken aller Länder? Die Sache ist sehr einfach: Wenn man einen Glauben hat, so hat man ihn nur in der Gestalt eines bestimmten Bekenntnisses. Das wissen wir und das hat auch vor wenigen Tagen der preußische Ministerpräsident im offenen Landtage anerkannt. In dem Augenblicke, wo wir Katholiken uns auf einen allgemein-christlichen oder gar auf einen allgemein-religiösen Boden locken ließen, um die Socialdemokratie zu bekämpfen, da wären wir ihr schon mit gebundenen Händen überliefert. Wir sind deshalb durchaus nicht feindlich gegen diejenigen Nichtkatholiken, die auch religiös sind; sie mögen auf ihrem Boden den Kampf versuchen und uns auf unserem Boden den Kampf versuchen lassen. Nur wenn wir schiedlich, friedlich jeder für sich marschiren, werden wir vielleicht, wenn am Ende von den anderen noch ein Häuflein am Platze ist, vereint schlagen können. Das thun wir nicht aus Abneigung gegen Nichtkatholiken, sondern weil wir der innersten Ueberzeugung sind, in diesem Kampfe zwischen Glauben und Unglauben kann nur Der siegen, der auf dem Boden eines ganz bestimmten, geschlossen-kirchlichen Bekenntnisses steht. Man könnte ja sagen: Nur wir werden im Stande sein, die Socialdemokratie zu überwinden. Aber Eines darf und muß doch gesagt werden: So lange der Evangelische Bund und der Protestanten-Verein mit Fäusten auf uns herumtrommeln und mit Absätzen nach uns treten, so lange werden wir keine gemeinschaftliche Armee mit einander bilden können. (Bravo!)

Die Socialdemokratie ist auch Todtfeindin jeder persönlichen Freiheit. Redner zeigt nun an einzelnen besonders in die Augen springenden Punkten, was es mit dieser sein würde, wenn die socialdemokratische Zukunftsgesellschaft eingerichtet werden sollte. Alles was an Gütererzeugungsmitteln vorhanden, ist Eigenthum der Gesellschaft, also ist auch Gesellschaftseigenthum, was vorhanden, um Zeitungen hervorzubringen, Bücher zu drucken. Was würden die Socialdemokraten für ein Gesicht machen, wenn ein katholischer Gelehrter in die socialdemokratische Druckerei käme, um die Frucht Jahre langer Studien drucken zu lassen, durch welche er haarscharf bewiese, daß die ganze socialdemokratische Gesellschaftsordnung der haarsträubendste Schwindel sei, der jemals in der Welt gewesen? Der würde schön ankommen; schnöde würde er abgewiesen werden. Uebrigens sagt ja Herr Bebel für diesen Fall: „Das ist recht gut; da wird auch viel Schund nicht gedruckt." Hätte Jemand geglaubt, Herr Bebel als einen so begeisterten Anhänger der russischen Censur zu finden? Was nicht paßt, ist Schund, und die persönliche Freiheit, dieser unbezähmbare Trieb des Menschen nach Wahrheit und deren Verbreitung ist hier vollständig müßig. Aber nicht nur das gedruckte, auch das gesprochene freie Wort wäre vollständig unmöglich. Wenn hier diese Halle schon der Zukunftsgesellschaft gehörte, dürfte ich dann wohl so frei von der Leber reden gegen die Socialdemokratie? Nein, das wäre auch alles Schund und dürfte unter keinen Umständen den gläubigen „Genossen" verkündigt werden. Auch hier wäre jede Spur persönlicher Freiheit vollständig vernichtet. Aber nicht nur in geschlossenen Hallen, auch im Freien wäre mir das unmöglich. Wie kann die Zukunftsgesellschaft leiden, daß irgend Jemand, mehrere hundert, tausend „Genossen" um sich sammelte, um gegen die Grundlagen der „Gesellschaft" zu sprechen. Es ist ein vielberufenes Wort des Apostels der deutschen Socialdemokratie Karl Marx: „Wenn wir jetzt aus der kapitalistischen Gesellschaft in die socialistische übergehen, dann werden wir zuerst jeden so arbeiten lassen, wie er will und kann und nur im Nothfalle werden wir eingreifen in die Vertheilung der Arbeitskräfte; und wir werden dann die Güter vertheilen in der Weise, daß jeder wieder bekommt, wenn auch in anderer Gestalt, an Erzeugnissen, was er durch individuelle Einlage in das Gesellschaftsvermögen eingebracht hat." Das heißt auf gut deutsch: Anfangs behandeln wir zwar die sachlichen Mittel zur Erzeugung von Gütern als gesellschaftliches Eigenthum, aber das persönliche Mittel zur Erzeugung von Gütern, die individuelle Arbeitskraft betrachten wir noch als Privateigenthum. Jeder einzelne setzt sein Privateigenthum zur Erzeugung von Gütern ein und bekommt dann von der Gesellschaft wieder, was er eingesetzt nach Abzug dessen, was für Erhaltung des Betriebs, für die Altersschwachen, für Unterricht und Erziehung nöthig. In einer höheren Stufe muß der Satz gelten: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." In dieser höheren Phase betrachtet die Gesellschaft auch das persönliche Arbeiten als Mittel zur Erzeugung von gesellschaftlichen Gebrauchswerthen, konfiscirt die individuelle Arbeitskraft und Arbeitsleistung und macht sie zum gesellschaftlichen Eigenthum, dann steht sie auf der Höhe. Der Einzelne ist auch nur ein Erzeugniß der Gesellschaft; er gehört ihr, sie verfügt über seine Arbeitskraft, er muß arbeiten nach seinen Fähigkeiten und bekommt dafür nach seinen Bedürfnissen.

Der miserabelst beanlagte Arbeiter also, der zehnmal so viel Durst nach Rüdesheimer hat, wie ein guter bekommt zehnmal so viel davon zu trinken, wie dieser; aber er braucht seiner geringen Fähigkeit entsprechend vielleicht nur ein Zehntel dafür zu arbeiten. (Stürmische Heiterkeit.)

Das ist nicht nur der Gipfel der Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft, die gleiches Recht für alle bringen will, sondern die letzte und äußerste Vernichtung der persönlichen Freiheit. Hier gibt es überhaupt gar keine Person mehr: der Einzelne ist Erzeugniß der Gesellschaft wie jede Sache auch. Darum kann mit Recht gesagt werden: Wer noch eine Spur von Liebe zur persönlichen Freiheit hat, muß sich mit Abscheu von diesen Zielen und Lehren abwenden.

Und wir Katholiken, die wir erfüllt sind vom Volksbewußtsein der persönlichen Würde der Menschheit, die der Heiland durch seinen Erlösungstod uns wieder hergestellt hat, sollten nicht Front machen gegen diese Vernichtung alles dessen, was Jesus Christus uns gebracht hat. Wenn wir so schlecht wären, nicht aus Liebe zu Gott, zur Kirche, zur Religion und zum Vaterland in diesen Kampf einzutreten, dann müßten wir es aus Liebe zu uns selbst, zu unserer freien Persönlichkeit, unserer persönlichen Würde.

Auch zum Vaterland! Nicht nur die Religion, die persönliche Freiheit und Alles, was um diese Pole des privaten und öffentlichen Lebens sich dreht, sondern auch die Liebe zum deutschen Vaterlande und dessen Ehre verlangt, daß wir Front gegen diese Vaterlandslosen machen. Wir wissen, was es heißt, zu Unrecht „Vaterlandslose" gescholten zu werden. Wir haben jederzeit mit Fug und Recht dagegen protestiren und darauf hinweisen können, daß es leicht ist, wenn das Vaterland Einen mit Ehren und Wohlthaten überhäuft, treu zu sein; daß aber auch wir in Unglück und Verfolgung treu zu ihm gestanden.

Nicht so die Socialdemokraten! Sie haben kein Vaterland, sagt einer ihrer Wortführer, und noch nicht gar lange hat ein Redner der Socialdemokraten im Reichstag gesagt:

„Wir wollen Euere schwarz-weiß-rothe Fahne nicht, sondern wir wollen nur die rothe Fahne."
[Heine.]

In keiner gesetzgebenden Versammlung der Welt würde ein solches Wort mit bloßem Ordnungsruf des Präsidenten davon gekommen sein. Ich aber bin stolz darauf, daß der deutsche Reichstag diese Beleidigung der Schelle des Präsidenten überlassen konnte. Als in Nordamerika, in Chicago, die Anarchisten in einer Versammlung die rothe Fahne ausgehängt hatten, da konnten die freien Amerikaner sich nicht mehr beruhigen, bis über derselben das gestreifte Sternenbanner prangte. Wenn auch der deutsche Reichstag einen Heine dem Ruf des Präsidenten überließ, das deutsche Volk muß auf diese Schmach eine deutliche Antwort geben.

Der Volksverein nennt sich mit Vollbewußtsein einen Verein für das katholische Deutschland. Darüber darf bei uns kein Zweifel sein, daß wir neben die Fahne der Gottlosigkeit die Fahne der Religion, aber auch neben die Fahne der Anarchie die des deutschen Volkes aufpflanzen. Dieser Fahne uns zuzuwenden, haben wir die dringendste Veranlassung.

Denken wir nicht, es bedarf unser nicht! Die Zeiten bedürfen unser. Und wenn in den Kreuzzügen der Ruf: Gott will es! seine Berechtigung hatte, so ist bei uns kein Wille Gottes klarer, als daß das katholische Volk Deutschlands sich erhebe, um inmitten des deutschen Vaterlandes diese Pestseuche zu bekämpfen. Ob die Socialdemokraten fern oder nah, ob groß oder klein, ob wir Aussicht haben, etwas zu leisten oder nicht, ist einerlei. Selbst wenn das Verhalten unserer Widersacher im liberalen Lager die Rache Gottes durch die Socialdemokratie herausfordern sollte, selbst wenn es für den Anfang und lange hin den Anschein haben sollte, als ob wir nichts erreichten, selbst dann müssen wir uns zusammenschaaren und kämpfen, um wenigstens Zeugniß abzulegen für die katholische und deutsche Gesinnung, die unter uns lebt, um, wenn auch die Gegenwart verloren gehen sollte, die Hoffnung für die Zukunft zu retten. (Stürmisches, enthusiastisches, lang anhaltendes Bravo!)

Herr Abgeordneter Marbe spricht den Rednern den herzlichsten aufrichtigsten Dank aus und legt mit feurigen Worten dar, wie es unsere Aufgabe sei, das Gehörte in die That zu übersetzen, um so weit wir vermögen, das drohende Verderben abzuhalten. Es beleuchtet das Widerspiel der herrschenden Anschauungen. Die jetzige Ordnung ist gut, soweit sie noch christlich ist; schlecht, soweit sie sich vom Christenthum entfernt. Die liberale Kurzsichtigkeit hat ihr Theil dazu beigetragen, das Christenthum zurückzudrängen, in Schule, Gesetzgebung und Verwaltung und wir haben es vielfach zu hindern unterlassen. Manches ist da schlimm geworden, gottlob aber noch nicht Alles so schlimm. Die liberale Gestaltung des Lebens ist nicht im Stande, die Stürme zu überwinden, das kann nur das christliche Volk und dazu soll es jetzt in Stand gesetzt werden. Nachdem man die Gesellschaft atomisirt und die Massen in der Zukunft entscheiden werden, müssen auch wir die Massen organisiren, um den Stürmen nicht ungerüstet gegenüber zu stehen. Wir wollen die Ordnung erhalten, so weit sie christlich ist, und sie wiederherstellen, soweit sie das nicht mehr ist. Da gilt es vor allem, dem Rufe des sel. Windthorst folgend, uns im Volksverein zu organisiren. Im Einzelnen verbreitet Redner sich nun über das Wesen, die Organisation und die Ziele des Volksvereins für das katholische Deutschland. Schaaren wir uns alle zusammen, die guten Willens sind und treten wir ein für die Sache Gottes und der Kirche, ermuntert er, so wird auch Gottes Segen uns nicht fehlen, mag kommen, was will, und wir werden schließlich auch zum Siege gelangen.

Zum Schlusse bringt er ein begeistert aufgenommenes Hoch aus auf das deutsche Vaterland, das wir Katholiken am besten zu lieben verstehen.

In Bezug auf die Besucher tragen wir noch nach, daß insbesondere das hohe Domkapitel fast vollzählig vertreten war. Zu gleicher Zeit zeigte es von dem warmen Interesse des Oberhirten der Diöcese, des hochw. Herrn Erzbischofs Johannes Christian, für das Gedeihen des Volksvereins, daß derselbe die Redner des Tages durch eine Einladung auszeichnete.

Baden.

Karlsruhe, 26. Jan. Die Höchsten Herrschaften trafen heute Vormittag 10 1/4 Uhr in Berlin ein und wurden von Ihren Königlichen Hoheiten dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin am Potsdamer Bahnhof empfangen. Ferner waren daselbst anwesend: der badische Gesandte von Brauer mit Gemahlin, der Oberstkammerherr Freiherr von Gemmingen, die Freifrau von Marschall, der Kommandant Graf von Schlieffen, der Oberstallmeister Graf Wedell, der Kammerherr von dem Knesebeck, der Flügeladjutant Hauptmann Freiherr von Gagern, die Hofdame Gräfin Kageneck und der Ordonnanzoffizier Hauptmann Dürr. Im Palais des Höchstseligen Kaisers Wilhelm I. erwartete Ihre Majestät die Kaiserin Augusta Viktoria Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin und verweilte daselbst einige Zeit. Darnach machten die Großherzoglichen Herrschaften bei den Mitgliedern der Kaiserlichen und Königlichen Familie und bei anderen fremden Fürstlichkeiten Besuche. Abends 7 Uhr fand bei den Kaiserlichen Majestäten eine Familientafel statt.

Karlsruhe, 26. Jan. Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt" Nr. 2 enthält: Verordnungen und Bekanntmachungen: des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 12. Januar, die Leitung des Geschworenendienstes betr.; der Ministerien der Justiz, des Kultus und Unterrichts und des Innern vom 15. Januar d. J., die Gebühren der Gendarmen für Verrichtungen in Strafsachen betr.; des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts vom 20. Januar d. J., die Gebühren für Verhaftungen und Begleitung Verhafteter; des Ministeriums des Innern vom 6. Januar d. J., die Invaliditäts- und Altersversicherung des Personals der Schiffer, Flößer und Wandergewerbetreibenden betr.; vom 9. Januar d. J., die Entwerthung der Beitragsmarken betr., und vom 11. Januar d. J., die Organisation der Aichungsämter betr.

Karlsruhe, 25. Jan. Das Verordnungsblatt Nr. 4 der Großh. bad. Zolldirektion enthält: Die Dienstleistungen der Grenzaufseher betr. Den Dienst der Großh. Generalstaatskasse betr. Die Zulassung von Privattransitlagern ohne amtlichen Mitverschluß für kalifornischen Honig und eingemachten Ingber betr. Personalnachricht.

* **Karlsruhe**, 27. Jan. Der preußische Volksschulgesetzentwurf, der augenblicklich im Landtage berathen wird, ist den gesammten Liberalen von den Freikonservativen an bis zur äußersten Linke ein gewaltiger Dorn im Auge und aus allen Kräften strengen sie sich an, den Entwurf zu Falle zu bringen. Von der geplanten Vereinigung der liberalen Parteien haben wir schon unter Berlin berichtet. Ob dieselbe aber das Zustandekommen hindern wird, ist eine andere Frage. Die „Köln. Ztg." muß ja selbst bemerken, daß nach den Erklärungen des Fraktionsredners der konservativen Partei, Herrn v. Buch, geringe Aussicht vorhanden sei, daß dieselbe sich zu einer Verständigung mit der nationalliberalen Partei bequemen wird. Das ist thatsächlich richtig. Der ganze Spektakel der liberalen Blätter hat lediglich zu Wege gebracht, daß die Konservativen und das Centrum, welche weit über die absolute Mehrheit verfügen, sich endlich einander nähern und die Volksschulvorlage durchbringen. Der altkonservative Abg. von Buch, ein gläubiger Protestant, sprach sich am 25. Jan. im preußischen Abgeordnetenhause Namens der Konservativen für die Vorlage aus. Er sagte, seine Partei sei für den Entwurf in allen seinen Theilen. Die Konservativen seien sehr erfreut, daß der jetzige Entwurf den im vorigen Jahre geäußerten Wünschen sehr weit entgegenkommt. Die Ausschließung der Simultanschulen entspreche durchaus dem richtigen Konfessionalitäts-Prinzip. Auch daß alle Kinder ausnahmslos Religionsunterricht erhalten sollen, sei heute besonders nöthig, wo mancher nur Worte des Spottes für die Religion hat. Die Durchführung der Konfessionsschule bedinge eine konfessionelle Lehrervorbildung. Von einer Entstaatlichung der Schule könne nicht die Rede sein, da der Staat sich gegenüber den „kirchlichen Uebergriffen" genügende Machtmittel vorbehält. Die Zulassung der Privatschulen sei verfassungsgemäß. Eine [illegible] Festsetzung der Lehrergehälter wäre wünschenswerth. Eine Verwendung von 9 Millionen Steuerüberschüsse für Schulzwecke sei abzulehnen. Diese Rede ist den Liberalen derart in die Glieder gefahren, daß ihre Organe schon theilweise die Durchbringung des Entwurfs für gesichert halten. Ob und welche Aenderungen derselbe erleiden wird, wird die nächste Zukunft zeigen.

⊙ **Vom Unterland**, 24. Jan. Die „Augsburger Postzeitung" brachte Ende vorigen Jahres einen Artikel, dessen Kenntnißnahme auch für unsere badischen Verhältnisse nicht ohne Interesse sein dürfte. Zur Information diene die Bemerkung, daß in Bayern die staatliche Aufbesserung der katholischen Geistlichen auch nach drei Klassen vor sich geht, jedoch nicht wie bei uns nach der Höhe des Pfründeneinkommens, sondern nach der Seelenzahl der Pfarrei, so daß dem entsprechend die betr. Pfarrer auf 1800, 1900 bis 2000 M. aufgebessert werden. Der angezogene Artikel verlangt, daß vor Allem der seit Jahren bestehenden Unbilligkeit die in der Aufbesserungsweise nach Klassen liegt, ein Ende gemacht werde. Als Zweck der staatlichen Gehaltsaufbesserung der katholischen Pfarrer wurde bezeichnet, denselben eine standesgemäße Lebenshaltung zu ermöglichen. Wenn nun vernünftiger Weise nicht angenommen werden kann, daß man auf kleineren Pfarreien zur standesgemäßen Lebenshaltung weniger brauche, als auf größeren, wie rechtfertigt sich die Verkürzung der ersteren um 100 und 200 M. gegen letztere? Wenn man ferner in Erwägung zieht, daß ältere und schwächliche Priester nur kleinere Pfarreien zu pastoriren im Stande und solche zu suchen oder auf solchen zu verbleiben gezwungen sind, so erweist sich der bestehende Aufbesserungsmodus nach dieser Seite hin als geradezu hart und inhuman. Endlich darf im Interesse einer wohlgeordneten Seelsorge nicht übersehen werden, daß derselbe eine förmliche Verkehrung der natürlichen Ordnung in der Stellenbesetzung zur Folge hat. Kleinere Pfarreien müssen durch junge in bester Lebenskraft stehende Geistliche versehen werden, oder bleiben trotz ihrer Ausschreibung aus Mangel an Bewerbern unbesetzt, wie solches in nächster Nachbarschaft des Einsenders in einigen Fällen vorkam, während Pfarrer in sehr vorgerücktem Lebensalter, um in den Genuß der vollen Gehaltsaufbesserung zu gelangen, auf große Pfarreien sich melden, wo eine rechte Wahrnehmung der Seelsorge das Maß ihrer Kräfte übersteigt. Das sind Uebelstände, die der derzeitigen Aufbesserungsweise nothwendig ankleben und durch Aufhebung derselben je eher je besser zu beseitigen sind. Alle Pfarrer, ob auf größeren oder kleineren Pfarreien, stehen in gleichem Range, bedürfen zur standesgemäßen Lebenshaltung gleichen Aufwand und sollen darum auch in der Aufbesserung gleichgehalten werden. Hoffentlich wird noch auf diesem Landtage nach dieser Richtung hin den berechtigten Klagen der vielen benachtheiligten Pfarrer abgeholfen. Es besteht bei manchen Pfarrern, die unter das Dotationsgesetz fallen, die Ansicht, daß der gerechteste Modus bei Bemessung der Aufbesserung aus Staatsmitteln das Dienstalter wäre. So hat man in Württemberg schon längst diesen Modus der Aufbesserung; auch in Preußen wird jetzt jeder katholische Pfarrer bis auf 2700 Mark aufgebessert, indem er jeweils nach Verlauf von fünf Jahren eine Zulage von 250 Mark erhält, bis sein Einkommen den Betrag von 2700 Mark erreicht. Da zur Erzdiöcese Freiburg auch der preußische Landestheil Hohenzollern-Sigmaringen gehört, so ist kaum anzunehmen, daß man die Aufbesserung nach dem Dienstalter hier für praktikabel, für den badischen Antheil der Erzdiöcese aber für indiskutabel halten kann.

Aus Mittelbaden, 24. Jan. „Dem staatsfreundlichen Klerus jegliches Entgegenkommen — dem oppositionellen gar keins!" — Dieser Machtspruch Fieser's erinnerte einen Korrespondenten der „Offenb. Ztg." wie-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

der recht lebhaft an seine erste Priesterzeit. Derselbe wurde zum Priester geweiht, als die Wogen des Kulturkampfes an manchen Orten noch hoch gingen. Da er nun einige Wochen zu Hause war, um seine leidende Gesundheit herzustellen und während dieser Zeit an priesterlichen Funktionen auch nichts anderes that, als sein Brevierbeten und täglich bei verschlossener Thüre Messe lesen, und außerdem noch die Sünde beging, daß er Sonntags im Chorrock dem Amte des Pfarrers anwohnte, so wurde ihm eines schönen Tages oder genauer, an einem schönen Mittwoch vom Oberamtmann seines Bezirkes ein Ukas zugesandt, der wörtlich folgenden Inhalt hatte: „Das Bürgermeisteramt O. wird beauftragt, dem z. Zt. sich dort aufhaltenden Priester N. N. zu eröffnen, daß, da ihm die Ausübung priesterlicher Funktionen nicht zustehe, ihm auch das Tragen kirchlicher Kleider verboten sei.“ Unterzeichnet war dieses Schriftstück von Stadtdirektor M., ein bekannter Kulturkämpfer vor dem Herrn. Bemerken will ich dazu: Die Frau meines damaligen Bürgermeisters meinte hierzu, ich solle fortan meine hl. Messe im Zimmer, an meinem Tische lesen. Die gute Frau hat es jedenfalls gut mit mir gemeint. Gleichwohl befolgte ich ihren Rath nicht, mußte aber dafür, um celebriren zu können, mich wie ein Dieb in der Nacht, bald in diese, bald in jene Kirche (wirklich zur Nachtzeit) einschleichen, um wachsamen Augen zu entgehen. Wird etwa Herr Fieser es begreiflich finden, daß man einer Partei, deren eifrigste Mitglieder solch rücksichtslose, allen Menschenrechten hohnsprechende Bestimmungen gegen Geistliche erlassen haben, nie und immer die Hand küßt?

Personalnachrichten.

Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Enthoben wurde seines Dienstes: Ludwig Landmann, Rechtspraktikant im Sekretariat des großh. Landgerichts Konstanz wegen anderweiter Verwendung.

Zugewiesen wurde: Eduard Hoffarth, Rechtspraktikant, dem Sekretariat des großh. Landgerichts Konstanz. Kälble, Aktuar beim Amtsgericht Bruchsal, dem großh. Amtsgericht Donaueschingen. Gustav Lang, Aktuar beim Amtsgericht Freiburg dem großh. Amtsgericht Bruchsal. Eugen Kaiser, z. Z. Dekopist beim Amtsgericht Pforzheim, dem großh. Amtsgericht Freiburg.

Ernannt wurde: Ulrich Rees, Schutzmann, zum Aufseher 2. Klasse beim Kreis- und Amtsgefängniß Konstanz. Johann Georg Karpf, Hilfsdiener beim großh. Amtsgericht Mosbach zum Amtsgerichtsdiener daselbst.

Großh. Domänendirektion.

Zugewiesen die Forstpraktikanten: König in Offenburg der Bezirksforstei Offenburg. Killius in Rippenheim dem Bureau für Forsteinrichtung bei großh. Domänendirektion hier. Battlehner in Karlsruhe der Bezirksforstei Karlsruhe. Reiß in Karlsruhe der Bezirksforstei Wolfach. Fieser in Karlsruhe der Bezirksforstei Gernsbach.

Großherzogliche Zollverwaltung.

Uebertragen: Dem Finanzgehilfen Georg Kreuzbauer die 3. Gehilfenstelle beim Hauptsteueramt Karlsruhe.

Versetzt: Friedolin Bosch, Zollverwalter in Oehningen, nach Bruchsal. Valentin Häfner, Zollverw. in Bruchsal, nach Oehningen. Franz Sales Manz, Grenzaufseher in Lörrach, nach Konstanz. Alois Haas, Grenzaufseher in Stetten, nach Lörrach. Wilhelm Schindler, Grenzaufseher in Ofteringen, nach Stetten.

Großh. Gendarmeriekorps.

Entlassen wurde: Gendarm Pius Wangler vom 4. Distrikt, auf sein Ansuchen wieder in seinen Truppentheil zurückversetzt.

Versetzt wurden: Johann Ulrich Rombach, Gendarm, von Waldshut nach Griesen. Magnus Karrer, Gendarm, von Gernsbach nach Schwarzach. Philipp Werner, Gendarm, von Baden nach Gernsbach. Karl Schiff, Gendarm, von Karlsruhe nach Baden.

Schulwesen.

1. Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen u.

Nachbenannten Kandidaten ist auf Grund einer gemäß der Ministerialverordnung vom 21. März 1891 bestandenen Prüfung die Befähigung zur Ertheilung von Musikunterricht an Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten, Straf- oder Heil- und Pflegeanstalten zuerkannt worden:

Otto Leonhard Autenrieth von Hornberg. Karl Ludwig Baumann von Eggenstein. Aug. Emanuel Gerspacher von Rickwihl. August Vierling von Oos. Franz Josef Zureich von Karlsruhe.

2. Dienstnachrichten und Diensterledigungen.

A. Mittel- u. Gewerbeschulen, Lehrerbildungsanstalten u.

Versetzungen:

Konrad Ellenberger, Gewerbeschulkandidat, von der Gewerbeschule in Baden an jene in Freiburg.

B. Volksschulen.

1. Versetzungen und Ernennungen.

Ignaz Bechtel, als Unterlehrer nach Salbach, Amt Rastatt. Franz Berger, Schulkandidat, als Hilfslehrer nach Schuttertwald. Leo Drechsler, Hilfslehrer in Michelbach, Amt Rastatt, wird Unterlehrer daselbst. Karl Ruch, Unterlehrer in Unterprechthal, als Hilfslehrer nach Siegen. Friedrich Waßmer, Hilfslehrer in Vorderlodimoos, als Hilfslehrer nach Oberhausen, Amt Emmendingen.

2. Gestorben.

Rudolf Herig, Hauptlehrer in Karlsruhe.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 25. Januar.

17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Staatsminister Turban beschäftigt sich zunächst mit dem letzten Theil der Rede des Abg. v. Buol. Die Vorlage sei eine objektive und trage den Charakter der Dauerhaftigkeit an sich, denn nicht für die gegenwärtigen Mitglieder der Regierung sei sie gemacht, sondern für die Zukunft. Er bedauere die Abwesenheit des Kultusministers, denn nur dieser könne eigentlich die Rede v. Buols beantworten. Für seine Person bemerkt er, daß er, sowie alle Mitglieder für den bekannten § 4 gestimmt haben, allerdings hätten sie keine conditio sine qua non daran geknüpft. Er sei damals auch bereit gewesen, den Artikel 4 noch speziell zu empfehlen, wenn nicht schon so viel Gründe dafür vorgebracht worden seien, in dem anderen Hause habe er dies gethan. Im Uebrigen habe schon der Artikel 1 jener Vorlage so weit gehende Rechte zugestanden, daß derselbe als eine große Errungenschaft zu betrachten sei. In dem genannten Glückwunschschreiben sei die Lage des Landes, so wie sie wirklich war, geschildert worden. Weder für noch gegen eine Partei sei darin gesprochen, es sei so objektiv und maßvoll gehalten, wie dies von anderer Seite jedenfalls nicht geschehen sei. Was die ungleiche Behandlung der Konfessionen anbelange, so könne er sich darüber nicht auslassen, da ihm die Einzelheiten nicht bekannt seien. Wenn keine Orden zugelassen würden, so stehe dem ein Gesetz entgegen, das von der Regierung nicht umgegangen werden kann. In Volksversammlungen und der katholischen Presse werde in einer Weise vorgegangen und über die gegenwärtigen Zustände geklagt, daß die Regierung dem kaum entgegen treten könne. Zur eigentlichen Sache übergehend bemerkt er, daß es sich nicht um ein neues Ministerium handle, denn dieses sei schon lange da. Es frage sich nur, ob drei Minister das vierte Ministerium mit besorgen können. In die Begründung der Nothwendigkeit wolle er sich hier jetzt nicht einlassen. Im Ministerium des Innern fehle z. Zt. der Minister oder der Ministerialdirektor, diese beiden Stellen seien ja früher auch besetzt gewesen.

Abg. Friderich ist erstaunt über die Rede des Abg. v. Buol. Er sieht sich gezwungen, über die Verhandlungen in der Budgetkommission Mittheilungen zu machen, da auch in der Presse darüber ganz ausführliche Berichte gebracht wurden. Er habe alsbald nach Beginn der Kommissionsberathungen über diesen Gegenstand herausgefunden, daß mancherlei Vorurtheile bestünden, trotzdem sei es gelungen, eine Abstimmung herbeizuführen, die mit geringer Majorität die Vorlage genehmigte. Allein es sei ihm daran gelegen gewesen, eine große Majorität für die Sache zu gewinnen und er habe nicht ohne Widerstand der Regierung eine Verständigung zur Abänderung der Vorlage erzielt. Er sei glücklich darüber gewesen, aber auf einmal hätten sich Bedenken aller Art abermals eingestellt, die mit der Haltung der gegenwärtigen Regierung den Katholiken gegenüber begründet wurden. So behandle man Budgetfragen. Dieselben Herren, die gegen diese Vorlage stimmten, hätten sonst allen Forderungen zugestimmt, sowohl in den oberen, wie auch in den mittleren und unteren Staatsstellen. Die Vermehrung der socialpolitischen Gesetzgebung gehe durch alle Ressorts; daß man dazu die Mittel verweigern wolle, könne er nicht begreifen. Nur politische Rücksichten könnten das veranlassen. Redner hält vier Minister im allgemeinen Staatsinteresse für dringend geboten. In früheren Jahren sei neben diesen vier Ministerien immer ein weiteres stimmführendes Mitglied vorhanden gewesen. „Lassen Sie die politischen Fragen bei Seite und stimmen Sie für die Vorlage. Sie dienen damit dem Land und sich selbst.“ Er bittet den Antrag v. Buol abzulehnen.

Abg. Wacker stellt richtig, was Abg. Friederich bezüglich des Antrages v. Buol gesagt hat; derselbe bezwecke durchaus keine vollständige nochmalige Durchberathung. Im Hauptorgan der Centrumspartei seien allerdings Vorkommnisse in der Budgetkommission erörtert worden, jedoch nur als Antwort auf falsche Auslassungen der „Bad. Korr.“. (Fieser: „Bad. Korr.“ geht uns nichts an. Wacker: Das ist eine sehr interessante Neuigkeit.) Auch der Abg. Friederich habe den Gang in der Budgetkommission falsch dargestellt. In der abgeänderten Vorlage habe es sich nur um eine formale Aenderung gehandelt, nicht aber um eine prinzipielle. Es sei nicht richtig, daß nach Neujahr ein anderer Wind in der Kommission geweht habe; nur die zweite der Fragen sei mehr betont worden. Derselbe Wind habe in der Kommission geherrscht und nur das Ausbleiben eines anderen Windes, den man erwartet, sei gewissen Leuten aufgefallen. Der Herr Staatsminister habe geltend gemacht, der Ressortminister für Kultus sei nicht da, dafür könnten wir nichts. In der Kommission seien alle Minister anwesend gewesen. Heute, wo die Prinzipienfrage zur Sprache komme, sei mehr Veranlassung dazu da. Im Uebrigen treibe der Ressortminister ohne den Staatsminister keine Kirchenpolitik, was also heute zur Sprache komme, betreffe diesen mehr als den Ressortminister. Die Minister seien die Räthe der Krone und besäßen deren Vertrauen, daran wollten wir nicht rütteln, ob sie aber auch unser Vertrauen besäßen, das ist eine andere Frage. In unseren Augen handele es sich nicht um ein Landesinteresse, sondern um ein persönliches Interesse; es handele sich in unseren Augen darum, ein Mitglied des Ministeriums, in seinem Gehalt und Rang den anderen Ministern gleichzustellen und einem anderen Mitglied es möglich machen, länger in seinem Amt bleiben zu können. Bei der Vereinfachung des Ministeriums im Jahre 1881 habe eine persönliche Angelegenheit eine Hauptrolle gespielt und ebenso das Interesse der nationalliberalen Partei; heute handele es sich ebenfalls um ein persönliches Interesse; das sei seine Ueberzeugung. Die sämmtlichen Minister hätten die vorliegende Frage in der Kommission zu einer Kabinetsfrage gemacht; sämmtliche haben erklärt, daß bei einer Nichtannahme derselben, keiner derselben das vierte Ministerium annehme. Deßhalb sei es ihm unmöglich, darüber zu diskutiren, noch viel weniger zuzustimmen. Wenn sich Redner davon überzeugen könnte, daß die Genehmigung im Interesse der Nothwendigkeit liege, so würde er von allen politischen Gründen absehen. Mehr als um kirchenpolitische, handele es sich um speziell politische Gründe. Die Regierung Turban sei zu nahe verwandt mit den Nationalliberalen, sie könne bei dieser Partei auf großen Dank rechnen, denn ohne diese Regierung wäre es mit dem Nationalliberalismus schon längst zu Ende. Bei dem bekannten scharfen Konflikt des Staatsministers mit einem Ressortminister habe es sich nur um die nationalliberale Partei gehandelt. (Fieser: Kann auch umgekehrt sein. — Wacker: Dann braucht man nur die Adressen zu wechseln, dann steht die Regierung nicht einmal so da, wie sie jetzt da steht.) Der Staatsminister habe schon bei geringen Angelegenheiten gerechten Eifer von der Regierungsbank entwickelt, dazu hätte er doch auch Veranlassung gehabt, als es sich um die wichtige Ordens-Frage handelte. Bei der Regierung habe es sich darum gehandelt, wenn denn doch etwas gegeben werden muß, möglichst wenig. Wenigstens sei der Spitze der Regierung recht viel daran gelegen gewesen, wenn die betr. Vorlage ziemlich abgeschwächt wurde. Außer den geschichtlichen Thatsachen bestätige auch die Thätigkeit der Regierung bei Wahlen, ihre Verwandschaft mit den Nationalliberalen. Er verlange nicht, daß die Regierung die Nationalliberalen bekämpfe, allein zwischen Nichtbekämpfung und amtlicher Unterstützung sei ein großer Unterschied. Fallen die Wahlen nationalliberal aus, dann seien sie der Ausdruck des Volkes, fallen sie trotz der Arbeit der Regierung anders aus, dann seien sie das Ergebniß konfessioneller, demagogischer Hetze. Der Staatsminister sei feinfühlend der Presse gegenüber, die Presse, welche dem Herrn Turban nahestehe, unterstütze die Nationalliberalen in auffallender Weise und mit dieser Presse könne sich jede andere messen. Es komme häufig vor, daß Bürgermeister unter den Händen der Amtmänner etwas anderes geworden sind, als was sie andernfalls geblieben wären. Man habe auf der anderen Seite des Hauses vor wenigen Tagen über Bürgermeister Münch harte Urtheile gefällt, was er sei, das sei er aber nur durch Nationalliberale geworden. Bürgermeister, die nicht ein doppeltes Gewissen hätten, könnten kaum existiren. Die Regierung Turban unterstütze aber auch die nationalliberale Presse auf Kosten der Allgemeinheit. Ohne diese Unterstützung könne sich die nationalliberale Presse mit wenigen Ausnahmen nicht halten. So seien die Bezirksämter angewiesen worden, die „Bad. Korr.“ auf Kosten der Handkasse zu abonniren. Das könne nicht gerechtfertigt werden, dazu seien Staatsgelder nicht da. Nach dem Ausfall der Reichstagswahlen 1887 habe man gesagt, seht wie das Volk denkt, warum sage man dieses nicht auch von den Reichstagswahlen 1890, wo die nationalliberale Vertretung im Reichstag in Baden weggefegt worden sei. Bezüglich des erwähnten Art. 1., meint Redner, so hätte ihn der Herr Staatsminister etwas richtiger auffassen müssen, trotzdem er Nichtkatholik sei. Der betr. Art. 1 enthalte absolut keine so hohe Bedeutung, wie der Herr Minister sage; denn mit diesem Artikel könne man ganz ähnliche Dinge erleben, wie in Freiburg, wo ein Theologe mittelst Polizeimacht aus dem Mutterhause auf Grund dieses Artikels entfernt worden ist. Wir hätten uns also nicht bei der Regierung zu bedanken. Die Art und Weise wie die Regierung Organe der Kirche gegen die Interessen der Kirche zu verwerthen sucht, kann Redner nicht als geraden Weg bezeichnen, der zu gesunden Verhältnissen führt. Im Jahre 1878 und 1884 habe man mit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles die kath. Opposition lahm legen wollen. Mit der bestimmtesten Form habe man den gegenwärtigen Erzbischof aufgefordert, in den Wahlkampf einzugreifen, und als er nicht darauf einging, ihm sogar gedroht, und ihm bedeutet, daß er von der Kammer nichts zu erwarten habe. Da der Erzbischof aus seiner Reserve nicht hinausgehe, komme man sogar mit Rom. Das thue man im Gegentheil zu dem Verhalten in den 70er Jahren. Den Weg habe auch die Regierung eingeschlagen. Es seien Briefe nach Rom geschickt und Reisen unternommen worden, so daß man glauben könnte, die besten Freunde des Papstes wohnen in den Ministerhotels in Karlsruhe. Besser sei ein Staatsminister, der öffentlich Fußtritte ertheilt, als einer, der dasselbe wolle, aber hintenherum Politik treibe. Die Verdächtigung der Katholiken, der Priester und der Spitze der Katholiken, spiele eine unheimliche Rolle und das rechne er dem Ministerium Turban sehr zum Vorwurf an. Es sei nicht wahr, daß wir das Volk verhetzen, oder die Krone beeinträchtigen wollen. Wenn man an irgend einer Stelle gegen uns eine andere Meinung habe, so könne er das Ministerium nicht schuldlos davon sprechen.

Minister Turban bemerkt, Wacker habe nun seinem Herzen Luft gemacht, auf Alles könne er jedoch schon der Zeit wegen nicht eingehen. Der Hauptvorwurf, den Wacker mache, sei die Zusammengehörigkeit des Ministeriums zur nationalliberalen Partei. Das sei nicht wahr. Die Regierung stehe über den Parteien, sie habe allerdings eine schöne Gemeinschaft mit dieser Partei und einer Reihe von grundlegenden Anschauungen. Darnach richte die Regierung ihr Verhalten ein. Im Jahre 1881, wo die Aenderung in den Ministerien vor sich ging, habe das Haus selbst eine Vereinfachung derselben gewünscht, außerdem wünschte ein älteres Mitglied des Ministeriums zurückzutreten. Sämmtliche Mitglieder des Ministeriums hätten damals diese Frage geprüft. Sehr ungern habe er damals das Ressort des Handelsministeriums aufgegeben, aber er habe der allgemeinen Strömung nachgegeben. Er glaube mit bestem Wissen und Gewissen sein Amt verwaltet zu haben und rechne absolut nicht auf großen Dank und Ruhm. Er bedaure, daß die Debatte so weit von der Sache abgekommen sei. Zu derselben zurückkehrend, betont er, daß die vorgeschlagenen 4 Ministerien mit den 4 verantwortlichen Ministern eine absolute Nothwendigkeit seien. Es sei keine persönliche Forderung, sondern sie erstrecke sich auf die Zukunft. Bis zum Jahre 1873 habe es in Baden 7 Ministerien gegeben, durch Gründung des deutschen Reiches seien jedoch viele Geschäfte von diesem übernommen worden. Bis zum Jahre 1883 hätten dann 5 Ministerien bestanden und von da ab gebe es nur noch 3, die sämmtliche Geschäfte zu besorgen hätten. Im Laufe der Jahre habe es sich jedoch herausgestellt, daß 3 Personen nicht alle diese Geschäfte besorgen könnten, denn das Anwachsen der Geschäfte daure fort. Deßhalb hätte die Regierung die Vorlage gemacht.

Abg. Kiefer: Es sei durchaus nicht erforderlich gewesen, heute in eine tiefpolitische Diskussion einzutreten. Wacker und seine Genossen hätten dem Ministerium ein Mißtrauensvotum ertheilt. „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen,“ das sei die Perspektive des ganzen Vorgehens. Abg. v. Buol sei auf geraden, Abg. Wacker sei auf ungeraden Wegen auf dieses Ziel losgesteuert. Redner ist stolz darauf, daß er s. Z. ebenfalls zu denen gehört habe, die im Reichstag die Jesuiten hinausgeschafft hätten. Es gebe keine Regierung der Welt, die das Volksinteresse wahren wollte und mit dem Papst und seinem Regiment nicht auf dem Kriegsfuß stehe. Er sei einem Minister gegenüber noch nie unterthänig gewesen, wie Herr Wacker dem Erzbischof und Papst gegenüber. Er schäme sich nicht, einem Minister ein Mißtrauensvotum ausgesprochen zu haben und er würde es heute wieder thun, wenn ein Minister wie v. Buol oder Wacker am Ministertisch säße. Das badische Volk, wenn auch in seiner Mehrheit katholisch, sei doch liberal und werde es bleiben. Der Abg. Wacker habe seine Königstreue so sehr betont, dann dürfe er aber nicht so viel Zeitungsartikel schreiben; er habe in 4 Jahren noch keine Zeile geschrieben. Er hätte niemals für die Entfernung des Examengesetzes gestimmt, wenn ihn Lamey nicht dazu veranlaßt hätte. Jedenfalls säße heute die Centrumsfraktion unter den Rockflügeln des Herrn Wacker, das habe die heutige Verhandlung gezeigt. Der Herr Staatsminister sei sehr sanft gewesen, er habe gesagt, die Regierung sei unabhängig von der nationalliberalen Partei. Aber auch er (Redner) könne sagen, die nationalliberale Partei sei unabhängig von der Regierung. Unabhängig werde sie für das Wohl des Volkes eintreten, und eine Hauptsache dabei sei die Bekämpfung der andern Seite des Hauses, nicht der katholischen Kirche, sondern des Ultramontanismus. Er wünsche, die Regierung möge einen Antrag auf Auflösung des Hauses stellen, dann wollten sie einmal mit den Ultramontanen um die Wette fegen. (Sehr gut im Centrum.) Wenn jeder Geistliche so Zeitungsartikel schreiben wollte, wie Wacker, dann müßte das Volk einen eigenthümlichen Begriff vom Beruf eines Geistlichen erhalten. Sie (Gegner) fallen heute durch und damit auch mit ihren Hoffnungen und wenn dann wieder einmal eine Wahlschlacht komme, wolle die liberale Partei anders auftreten. Diesmal habe die liberale Partei ihre Pflicht nicht gethan. Abg. Wacker rede immer von der Staatsmaschine, von der Kirchenmaschine rede er nicht. Wenn der Ultramontanismus die Macht bekäme, würden wir wieder unter die Macht der Bischöfe gebeugt, dagegen werden die Nationalliberalen stets auftreten.

Abg. Birkenmayer bemerkt, daß er durch die von der Regierung vorgebrachten Gründe nicht von der Nothwendigkeit des 4. Ministers überzeugt worden ist; die kirchenpolitischen Rücksichten seien ihm durchaus nicht maßgebend. Der Abg. Friderich habe sehr private Gespräche veröffentlicht und zu Gunsten der Vorlage zu verwerthen gesucht. Das bedauere er, denn unter solchen Umständen höre aller gesellschaftliche Verkehr auf. Bezüglich der politischen Seite der Frage bedauert auch er die Abwesenheit des Kultusministers, allein das Ministerium sei kompakt, es genüge ihm deßhalb die Anwesenheit des Staatsministers. Redner wendet sich scharf gegen die Wahlbeeinflussungen durch die Amtsverkündiger. Nach den vielen traurigen Erfahrungen, die wir auf kirchenpolitischem Gebiet mit der Regierung gemacht haben, sei man nicht so leichtgläubig. Bei Berathung des berühmten Artikel 4 habe der Herr Staatsminister ein sehr beredtes Schweigen beobachtet, das im ganzen Lande „verstanden“ worden sei, und als er auf dem letzten Landtag unter Bezug auf unsere Partei von Reichsfeindschaft gesprochen, und als er darüber zur Rede gestellt wurde, habe er ebenfalls geschwiegen. Das bekannte Glückwunschschreiben sei im ganzen Lande als zu Gunsten der nationalliberalen Partei aufgefaßt worden, selbst die liberale Presse habe dies zugegeben. Redner verwahrt sich energisch gegen den Vorwurf der Reichsfeindschaft, der uns hie und da gemacht werde; wir stehen so fest und treu so gut wie andere zu Fürst und Vaterland. Die Befürchtung Kiefer's als ob wir mit unseren Leuten die Ministerstühle besetzen wollten, sei unbegründet; wir wollen nicht regieren, sondern verlangen nur Gerechtigkeit für alle. Die Ordensfrage werde vom Abg. Kiefer zu einer Parteifrage gemacht, ein Recht der katholischen Kirche werde also vorenthalten, weil die nationalliberale Partei darin eine gegen sie gerichtete Waffe erblicke. Zum Schluß wendet sich Redner gegen die Unterstellung Fieser's, daß es einen reichsfreundlichen und reichsfeindlichen Klerus gebe.

Abg. Wittum hat geglaubt, es würden hier Budgetdebatten gepflogen, statt dessen seien bisher nur Kulturkampfsreden gehalten worden. Er spreche zum Budget und sei von der Nothwendigkeit des 4. Ministers vollständig überzeugt. Wer einen Einblick in den Gang der Staatsgeschäfte schon gemacht habe, sei davon fest überzeugt und er stimme deßhalb — nur aus sachlichen Gründen — für die Vorlage.

Abg. Pfefferle ergreift das Wort, um als Katholik dem vom Centrum der Regierung gemachten Vorwurf, als bedrücke sie die Katholiken, zu widersprechen. Das katholische Volk habe kein Verständniß für die Angriffe und Forderungen des Centrums; das katholische Volk habe geglaubt, daß nach Beendigung des Kulturkampfes Friede eintreten werde und selbst Lender habe gesagt, man könne mit den Verhältnissen zufrieden sein. Die Mehrzahl des katholischen Volkes schenke dem Ministerium Turban sein Vertrauen und in diesem Sinne stimme er für die Vorlage.

Abg. Muser erklärt Namens seiner Fraktion, daß sie gegen die Vorlage stimme. Aus politischen Gründen allein würde sie sich nicht herbeilassen, dagegen zu stimmen. Bezüglich der kirchenpolitischen Seite erkläre seine Partei, daß sie in die Objektivität des Leiters der Regierung kein Vertrauen setze. Seine Partei halte es für ihre Pflicht, ein solches System zu bekämpfen und den Trägern desselben jedes Vertrauensvotum zu versagen. Redner betont, daß seine Gesinnungsgenossen Feinde jeder Reaktion seien und daß sie, wenn das Gespenst der Schulfrage wirkliche Gestalt annehmen sollte, sie Schulter an Schulter mit den Nationalliberalen dagegen kämpfen werden. Redner würde sich sehr freuen, wenn er der Behauptung des Staatsministers, das Ministerium stehe über den Parteien, zustimmen könnte. Er sei jedoch vom Gegentheil überzeugt. In weiten Kreisen des Volkes habe sich bezüglich des bekannten Glückwunschschreibens die Meinung Durchbruch verschafft, als habe die Großh. Regierung damit ihre Haltung durch die Person des Landesfürsten decken wollen, während in einem konstitutionellen Staate das Umgekehrte der Fall sein sollte. Auch die thatsächliche Haltung der Regierungsorgane stehe im Widerspruch zu der Behauptung des Staatsministers, die Regierung stehe über den Parteien, im Widerspruch. Redner weist auf das Vorgehen des Oberamtmanns Schröder von Eberbach gegenüber dem Bürgermeister Münch hin. Aehnliche Fälle seien nicht selten. Bezüglich des Glückwunschschreibens betont er weiter, daß der schwerwiegende Name des Landesfürsten für eine Partei in die Wagschale geworfen wurde. Daß das Volk nicht darauf einging, sei ein erfreulicher Beweis für den gesunden Menschenverstand, der im Volke herrsche. Die beste Wahlparole sei eine volksthümliche Politik. Das sicherste Kriterium für die Gesundheit eines Staates liege in der Wahlfreiheit und der eigenen Ueberzeugung auch der Abhängigen ohne persönliche Schädigung befürchten zu müssen. Dieses Kriterium fehle uns. Es sei falsch, wenn der Staatsminister behauptet habe, es stehe zu ihrer Vertheidigung keine Presse zur Verfügung; das sei falsch, eine große Macht besitze die Regierung in der ihr willfährigen Presse. Zum Beweis für die von der nationalliberalen Partei eingeschlagenen Reaktion erinnert Redner an die neue Gemeindeordnung und an das Urtheil des Herrn Dr. Binz über dieselbe. Redner wiederholt, daß seine Partei aus sachlichen Gründen gegen die Vorlage stimme und bedauert, daß die Großh. Regierung ein solches Glückwunschschreiben erlassen habe.

Abg. Fieser will von sämmtlichen Rednern der Opposition keinen sachlichen Grund gehört haben. Er anerkennt es, daß von den gegnerischen Parteien offen ihre Meinung über die Regierung zum Ausdruck gekommen sei; er findet es aber erstaunlich, daß aus politischen Gründen eine sachlich berechtigte Forderung abgelehnt wird. Wer nur eine blasse Ahnung von den Geschäften der Staatsverwaltung habe, müsse die Vorlage für berechtigt halten. Es sei eine Ungerechtigkeit von einem Minister konstitutionelle Verantwortlichkeit zu verlangen, ohne ihm die nöthige Zeit zum richtigen Ueberblick zu gewähren. Redner bedauert ebenfalls, daß die beiden anderen Herren Minister nicht anwesend sind und meint, es wäre Zeit gewesen, dieselben noch herrufen zu lassen. Redner weist darauf hin, daß unsere Minister auch Mitglieder des Bundesrathes seien und sollten als solche auch häufig genug dort anwesend sein können; denn was dort vorgehe, betreffe auch das Wohl unseres Volkes. Es sei deshalb unverantwortlich, die Vorlage nicht zu genehmigen. Die Angriffe der Herren v. Buol und Wacker seien gleich schwer, er wisse nicht, wer eigentlich Führer des Centrums sei, Wacker oder v. Buol, er glaube, v. Buol habe nur die aristokratische Marke herzugeben. Redner kommt eingehend auf die kath. kirchlichen Zustände zu sprechen und bestreitet die bestehenden Mißstände.

Abg. v. Stockhorner begründet kurz seine Ansichten und Abstimmung. Aus zwei Gründen könne er heute für die Vorlage stimmen, obgleich er in der Kommission dagegen gestimmt habe. Zunächst müsse es den Ministern möglich gemacht werden, mehr als bisher an den Bundesrathssitzungen Theil zu nehmen. Den zweiten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Grund erwähne er nicht gern, aber er müsse ihn doch mittheilen und dies sei der, daß die Regierung auch den niederen Beamten neuerdings entgegenkommen wolle. Er stimme also für die Vorlage.

Es sind zwei Anträge eingegangen, der eine auf Schluß der Debatte, der andere auf namentliche Abstimmung. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Rüdt erhält jedoch noch das Wort zur Begründung seiner und seines Genossen Dreesbach Abstimmung. Rüdt ertheilt bei dieser Gelegenheit speziell dem Herrn Eisenlohr ein regelrechtes Mißtrauensvotum. Seine Partei könne sich nicht dazu hergeben, diesem Manne zu einem Ministersessel zu verhelfen; sei doch zu befürchten, daß er, im Besitze eines solchen, die vom Nationalliberalismus so sehr ausgebildete Bureaukratie in noch unerträglicherer Weise in Anwendung bringen werde. Die Herren Nationalliberalen, die von Dr. Rüdt offenbar einen Succurs gegen Wacker u. Gen. erwarteten und ihm deshalb zum Wort verhalfen, waren über diese Rede nicht wenig verblüfft.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Abg. Hug, daß er manche sachliche Gründe für die Regierungsforderung anerkannt, aber denselben niemals eine solche Bedeutung beigelegt habe, daß aus einer Ablehnung der Forderung eine Gefahr der Stockung der Regierungsmaschine oder der Verletzung eines staatlichen Interesses abgeleitet werden konnte. Abg. Wacker wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Abgg. Kiefer und Fieser.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Gönner wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag v. Buol auf Zurückweisung an die Kommission mit 32 gegen 28 Stimmen verworfen, der Kommissionsantrag angenommen und damit der 4. Minister genehmigt.

Schluß der Verhandlung 3 Uhr.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Vermischte Nachrichten.

" Brüssel, 28. Jan. Das Palais des Herzogs von Arenberg an der Place Petit Sablon steht seit 2 Uhr früh in Flammen. Das Palais birgt Gemälde und Kunstgegenstände von höchstem Werthe und europäischem Ruf in seinem Innern. Der Brand im Palais des Herzog Arenberg ging vom Schlafzimmer der Prinzessin Croy aus. Der Prinz, die Prinzessin und die Kinder retteten kaum das Leben. Das „Graf Egmont-Kabinet", welches sich in dem Zustand befand, wie Graf Egmont es im Augenblick seiner Verhaftung im Jahre 1567 verlassen hatte, ist bis auf die Mauern zerstört. Das Feuer ist unterdrückt, doch sind drei Feuerwehrleute schwer verletzt worden.

Lokales.

⊙ **Strafkammer.** Sitzung der Strafkammer I vom 21. Januar unter dem Vorsitz des Landgerichtsrath Zentner. 1. Katharina Scherz geb. Steinbrenner von Langenburg wegen Diebstahls 2 Jahre Zuchthaus. 2. Wilhelm Adam Lederer von Heilbronn wegen Diebstahls 1 Jahr Zuchthaus 4 Wochen Haft, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft, dessen Ehefrau Luise Lederer geb. Baumgartner von Unterheinriet wegen Hehlerei 4 Monat Gefängniß, abzüglich einen Monat Untersuchungshaft. 3. Christian Friedrich Müller von hier und Alois Kuthenrieth von Heidingen werden von der Anklage wegen Vergehens gegen § 175 St.-G.-B. freigesprochen. 4. Florian Abert von Au a. Rh. und Genossen wegen Verletzung der Wehrpflicht je 200 Mk. Geldstrafe. 5. Die Anklagesache gegen Barbara Metz von Leimen wegen Urkundenfälschung bezw. Beihilfe wird vertagt. 6. Von der Anklage wegen Urkundenfälschung wird Karl Sietwryer von Gerne freigesprochen. — Sitzung der Strafkammer I vom 22. Januar unter dem Vorsitz des Landgerichtsrath Zentner. 1. Die Berufungsklage gegen Friedrich Julius Paul Hannemann wegen Beleidigung gelangte nicht zur Verhandlung, da derselbe seine Berufung zurückgezogen hatte. 2. Wilhelm Schenk von Pforzheim wegen Diebstahls im Rückfall 4 Monat Gefängniß, abzüglich 4 Wochen Untersuchungshaft. 3. Konstantin Kambach von hier wegen Diebstahls im Rückfall 8 Monat Gefängniß und 3 Jahre Ehrverlust. 4. Alexander Karn von Wurmersheim wegen Diebstahls im Rückfall 8 Monat Gefängniß. 5. Paul Frühauf von Köln, Rechtsanwalt hier, wegen Beleidigung eines Untersuchungsrichters und Staatsanwaltsubstituten am hiesigen Landgericht 1 Monat Gefängniß. — Sitzung der Strafkammer II vom 23. Januar unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektor Fischler. 1. Albert Held von Großglattbach wegen Diebstahls 6 Monat Gefängniß. 2. Karl Zimmermann von Pforzheim wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung 30 Mk. Geldstrafe. 3. Karl Gayer von Rußwaag wird von der Anklage wegen Sachbeschädigung freigesprochen. 4. Die Berufungsklage des Johann Herb von Langenalb wegen Körperverletzung wird verworfen.

Neueste Nachrichten.

Rom, 26. Jan. Der Papst präsidirte heute Vormittag einer 2½stündigen Kongregation behufs Kanonisirung des Redemptoristen Majella.

Kardinal Ledochowski ist zum Präfekten der Propaganda fide, Kardinal Vannutelli zum Sekretär der Breven und Kardinal Ricci zum Sekretär der Memorialien ernannt worden. Der erstgenannte Posten gilt als sehr einflußreich.

Tagesordnung der 19. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer auf Donnerstag, den 28. Januar, Vormittags 10 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Berichte der Budgetkommission über das Budget für 1892 und 1893, und zwar: a) des Großh. Staatsministeriums exkl. Tit. IV. Berichterstatter Abg. Birkenmayer. b) Des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts Tit. I—VI, XI und XII der Ausgabe; Tit. I der Einnahme. Berichterstatter Abg. Hoffmann. 3. Berathung des Berichts der Petitionskommission über die Bitte der Gemeinde Altbreisach u. a. um Abänderung des Gesetzes vom 23. Mai 1856, die Abtretung des Rheinvorlandes an den Großh. badischen Staat betr. Berichterstatter Abg. Strübe.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 25. Jan. (Schlacht- und Viehhof.) In der letzten Woche, vom 18. bis einschließlich 23. ds. Mts., wurden im hiesigen Schlachthof geschlachtet: 180 Stück Großvieh, und zwar: 31 Ochsen, 52 Kühe, 68 Rinder, 29 Farren, ferner: 587 Schweine, 247 Kälber, 23 Schafe, — Ferkel, 1 Ziege und 7 Pferde. In den Viehhof wurden zum Markte eingebracht: 12 Stück Großvieh, 504 Schweine, 104 Kälber, 8 Schafe und 0 Kitzlein. Kaufpreis der Kälber 38—42 Pfg. das Pfund lebend Fleischgewicht, der Schweine 54—57 Pfg. das Pfund Schlachtgewicht und der Schafe 24—28 Mk. das Stück.

Konstanz, 22. Jan. 100 Kilo Weizen 22.—, Roggen 18.50, Gerste 16.—, Hafer 13.—, Kernen —.—, Welschkorn 16.50, Mehl 1. Sorte 37.50, 2. S. 36.50, 3. S. 34.50, Kleie 10.— Mk., 1 Kilo Halbweißbrod 32, Schwarzbrod 30 Pfg., Rindfleisch 1.32, Kalbfleisch 1.40, Hammelfleisch 1.30, Schweinefleisch 1.40, Ochsenfleisch 1.44, 1 Ster Buchenholz 10—12, Weißholz 6—8, 100 Kilo Holzkohlen 0.——, 100 Eier 7.——7.50, 1 Kilo Butter 1.60—80, 100 Kilo neue Kartoffeln 0.——0, Wicken —.—, Erbsen —, 1 Hektoliter Wein ——, Stroh 0.——0 Mk.

Frankfurt, 25. Jan. Der heutige Viehmarkt war mit 380 Ochsen, 16 Bullen, 398 Kühen, Rindern und Stieren, 250 Kälbern, 224 Hämmeln und 782 Schweinen befahren. Die Preise stellten sich wie folgt: Ochsen 1. Sorte 68—70, 2. Sorte 62—66 Mk., Bullen 1. Sorte 49—51, 2. Sorte 46—48 Mk., Kühe, Rinder und Stiere 1. Sorte 57—59, 2. Sorte 42—46 Mk. Preis für 50 Kilo Schlachtgewicht. Kälber 1. Sorte 65—70, 2. Sorte 55—60 Pfg. Hämmel 1. Sorte 62—64, 2. Sorte 40—48 Pfg., inländische Schweine 1. Sorte 57—59, 2. Sorte 54—56 Pfg. Alles für ein Pfund Schlachtgewicht.

Würzburg, 26. Jan. Der heutige Viehmarkt war sehr stark mit Rindvieh aller Gattungen, insbesondere mit Gangochsen betrieben und sowohl von norddeutschen Händlern, wie Landleuten gut besucht. Erstere kauften große Transporte ein, so daß sich die Preise etwas erhöhten. Es kosteten Ochsen 1. Güte 900 bis 1120 M., 2. Güte 800 bis 900 M., Stiere 500 bis 700 M. das Paar, Kühe per Kopf 180 bis 320 M., ferner beträgt der Preis für das Pfund Fleischgewicht bei Kälbern 48 bis 51 Pf., Hämmeln 45 bis 50 Pf. und Schweinen 50 bis 52 Pf. — Dienstag, den 9. Februar: Großviehmarkt. Dienstag, den 16. Februar: Schafmarkt.

Berlin, 25. Jan. Spiritus 50er hier 66.70, 70er hier 47.90, für Jan./Febr. 47.60, für Juli/Aug. 49.30.

Berlin, 26. Jan. Die Ausgabe preußischer Konsols und von Reichsanleihe im Betrage von 300 Millionen erfolgt wie es heißt in nicht ferner Zeit.

Frankfurt, 26. Jan. Das überstürzte Tempo der letzten Preissteigerung am Spekulationsmarkt, bei welcher freilich gewisse exceptionelle Ursachen mitwirkten, wie beispielsweise umfangreiche Zwangsdeckungen, mußte naturgemäß durch einen Rückschlag abgelöst werden, der sich denn auch bereits vollzog. Schon im Abendgeschäft hatten sich die Realisationen gehäuft und heute gesellten sich denselben auch neue Contremine-Abgaben zu. Gleichzeitig brachte auch der heutige Prämientermin noch Waare an den Markt. In Folge dessen litten besonders die am stärksten gestiegenen Bankpapiere mit weiteren Notirungen ein und reduzirten letztere dann noch weiter. Auch Montanwerthe lagen wieder schwach auf die Glasgower Warrantsbaisse. Später vollzog sich indeß am Bankenmarkte Erholung bei ziemlich belebtem Geschäft. Darmstädter waren gleichfalls gebessert. Oesterr. Bahnen behauptet, mit Ausnahme von Lombarden, die auf die Wocheneinnahme flau lagen. Schweizerbahnen schwach. Ausländische Staatsfonds ziemlich ruhig, einzelne hierher zählende Werthe etwas schwächer. Schluß fest. -F. J.-

Konkurs. Gottlieb Stock, Bäcker in Sinsheim, Eröffnungstermin 21. Jan., Anmeldefristablauf 18. Febr., 1. Gläubigerversammlung 22. Febr., Prüfungstermin 29. Febr.

Erledigt. Bei großh. Amtsgericht in Pforzheim auf 1. Februar eine Dekopistenstelle, Gehalt 504 Mk. und etwa 80 Mk. Accidentien.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebot: 26. Jan. Jakob Groß von Singen, Schlosser hier, mit Katharina Krieg von Au i. M.

Geburten: 24. Jan. Max Karl, Vater Georg Glauner, Buchbinder. — Gertrude Elisabeth, Vater Wilhelm Scholz, Zahnarzt. — 25. Jan. Emma Luise, Vater Karl Böpple, Lederfärber.

Todesfälle: 24. Jan. Karoline Michel, alt 30 Jahre, Ehefrau des Kleidermachers Ferdinand Michel. — Jakob Senk, Kanzleirath, ein Ehemann, alt 67 Jahre. — 25. Jan. Nanette Reichenbach, alt 52 Jahre, Ehefrau des Schneiders Benj. Reichenbach. — Adam Schmidt, Stadttaglöhner, ein Ehemann, alt 68 Jahre. — Olga Hedwig, alt 5 Monate 9 Tage, Vater Anton Früh, Portier. — Frieda, alt 1 Jahr 5 Monate 15 Tage, Vater Hermann Staub, Weißgerber.

Auswärtige Todesfälle.

Eimeldingen: Verena Flösser, geb. Bürgin, 61 J.
Erdmannsweiler: Christof Weisser, Kaufmann.
Offenburg: Rusina Schmitt, geb. Becht, 21 J.

Lebensversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Der Versicherungsbestand stieg auf 77,080 Personen mit 608,000,000 Mk. Neu abgeschlossen wurden im vorigen Jahre 4960 Versicherungen über 39,040,000 Mk., 355 über 4,635,000 Mk. mehr als im Jahre 1890. Sterbefälle kamen im Jahre 1891 1529 mit 11,100,000 Mk. Versicherungssumme zur Anmeldung. Die seit dem Bestehen der Anstalt ausgezahlten Versicherungssummen beziffern sich auf zusammen 229,800,000 Mk. Der Bankfonds beträgt jetzt rund etwa 174,000,000 Mk. Die Ueberschüsse werden voll und unverkürzt an die Versicherten als Dividende zurückgewährt. In diesem Jahre beziffert sich der als Dividende zurückzugewährende Betrag auf 6,610,306 Mk., und zwar werden nach dem alten System **mit Dividenden-Nachgewährung auf die letzten 5 Jahre:** 38 % der Jahresprämie*) und nach dem gemischten System: 30 % der Jahresprämie, sowie 2,4 % der Prämienreserve gewährt. In Prozent der Jahresprämie ausgedrückt, berechnet sich hiernach die Gesammtdividende nach dem gemischten System für die ältesten dividendenberechtigten Versicherungen bis auf 118 %, so daß also die betreffenden Versicherten nicht nur volle Beitragsfreiheit genießen, sondern sogar eine baare Herauszahlung erhalten.

Durchschnittlich wurde Dividende nach dem alten System gewährt: von 1834 bis 1843: 22,4 %, von 1844 bis 1853: 25,4 %, von 1854 bis 1863: 30,4 %, von 1864 bis 1873: 36,4 %, von 1874 bis 1883: 39,4 %, und von 1884 bis 1892: 40,4 %.

Selbstverständlich ergeben sich innerhalb dieser neunundfünfzigjährigen Periode zuweilen von einem Jahr zum anderen in dem Prozentsatz der Dividende, der immer von der Höhe der Ueberschüsse abhängig ist, ziemlich beträchtliche Unterschiede.

Die Versicherungen Wehrpflichtiger bleiben bekanntlich ohne Zuschlagsprämien auch im Kriegsfalle in Kraft.

*) Findet, wie bei den meisten anderen Anstalten, die oben erwähnte Nachgewährung nicht statt, so beträgt der diesjährige Satz anstatt 38 %, wenigstens 45 %.

Für die Pfarrkirche in **Messelhausen,** Amt Tauberbischofsheim, soll eine

neue Orgel

mit 14 Registern — 2 Manuale — angeschafft werden.

Bewerbungen mit Kostenüberschlag und Disposition sind binnen drei Wochen anher einzureichen. 2.2

Messelhausen, 20. Januar 1892.

Der kath. Stiftungsrath.

Volapükaklub

(Weltsprachverein).

Neue Lehrkurse resp. Vorlesungen über Volapük für Herren und Damen beginnen wieder im Verlaufe dieser Woche. Anmeldungen hierzu werden entweder im Unterrichtslokale selbst, **Gewerbeschule** (Karl-Friedrichstraße 9), Zimmer 6, jeden **Montag und Dienstag,** sowie **Donnerstag und Freitag Abends zwischen 7 und 9 Uhr,** oder bei Herrn Oberlehrer **Graf,** Steinstr. 7 II, entgegengenommen, woselbst auch die Lektionspläne aufliegen und über alles weitere nähere Auskunft ertheilt wird. Das Honorar beträgt M. 5. Alt. Auch wird an einzelne Personen, Familien, Vereine u. dgl. auf Verlangen besonders Unterricht ertheilt.

J. Riegel,

gegenüber der Liebfrauenkirche,

Augartenstraße 55,

empfiehlt verschiedene Sorten **Kerzen** und **Wachsstöcke.**

Fächer

jeder Art

aus *Federn, Crêpe, Gaze, Spitzen, Atlas etc.*

in reicher Auswahl bei

Friedrich Blos,

Grossh. Hoflieferant,

F. Wolff & Sohn's Détail,

Karlsruhe.

Neumontirungen ebenso Reparaturen werden prompt besorgt.

Kassenschränke

in nur bester Qualität bei

Wilh. Walz

Karlsruhe

Erbprinzenstraße 24. 11

Alte Münzen,

auch schöne **Gedenkkreuzer** und **alte Marken** und **ganze Couverts** bezahlt gut ein höherer Beamter. Offerten unter **Nr. 58** an die Expedition dieses Blattes. 4.4

Katholischer Kirchenbauverein Karlsruhe.

Seit unserer letzten Veröffentlichung sind uns an Gaben weiter zugekommen: durch Herrn Dekan **Benz** von Frau Oberzollinspektor Schmich Wwe. 40 M., Gefangenwärter a. D. Maier in Bißingen 3 M., H. Stadtpfarrer Werber in Radolfzell 2 M., Erlös aus Schmucksachen 180 M., von Ungen. 5 M., Pfarrer Rad. in Schöllbronn 8 M.; durch Herrn Pfarrkurat **Wettle** von Frau Ginner Wwe. 10 M., Herrn Hofbibliothekar Dr. Holder 20 M., Frau Kreitz Wwe. 1 M., Ungen. durch Herrn Kaplan Martin 1 M., Ungen. 1 M., 3 M., durch Herrn Tapezier Fechter 2 M., H. Zugmeister Henkel 5 M., Frl. Diebold 1 M., Frl. Herd 2 M., Ungen. 2 M., 10 M., 2 M., 1 M., 2 M., 2 M., 1 M., 8 M., 2 M., 1 M., 2 M., 20 M., 1 M., 3 M., 5 M., 3 M., 2 M., 5 M., 1 M., 1 M., 1 M., 1 M., 4 M., 1 M., 3 M., 1 M., 5 M., 1 M., 1 M., 2 M., 1 M., 1 M., 3 M. 50 J., 3 M., H. Weiß 1 M. 50 J., r. Dienstboten 10 M., Fr. Balz 8 M., Fr. Dieter 2 M., H. Modemann aus Köln 10 M., Fr. Benkert Wwe. 1 M., H. Hauptamtskontr. Lang 5 M., Wwe. B. 10 M., Wwe. M. 1 M., K. Fl. 50 M., Philippine Schneider Wwe. 10 M., Assistent Schwarz 1 M., H. Kupferschmied 1 M. 50 J., Fr. Schreiber 1 M., Fr. Christ 1 M., durch Herrn Dekan **Benz** von W. Wiesner 1 M., H. Partik. Wild 10 M., Ungen. 1 M., von Dienstboten durch Herrn Kaplan Zeher 73 M., H. Priv. Fürderer in Freiburg 1 M., H. Pfarrkurat Graf in Mühlburg 2 M., Fr. Gräfin Leiningen-Billigheim 20 M., H. Baron v. Hennberg 10 M., Fr. Major Reinbold 2 M., Fr. Fischer 5 M., H. Kneller 1 M., Frl. Bibiane Kron 2 M., Frl. Bruder 3 M., Fr. Holler 2 M., Fr. Müller 3 M., Frl. Luise Schnabel 5 M., Frau Wehrle 1 M., Frl. Rosa Groß 2 M., Frl. Emma Junghans 3 M., Ungen. Dienstmädchen 10 M., Kinder aus ihrer Sparbüchse 1 M., H. Kaufm. O. F. 10 M., durch H. Stadtpfarrer Halbig von Wohlthätern in Lauda 50 M., H. Domkapitular Kiefer in Freiburg 50 M., Ungen. für eine Monstranz 10 M., ungen. Damen für Oel zum ewigen Licht 20 M., Familie Braun 3 M., Fr. B. 80 M., Familie Hügler 2 M., Fr. Decker 1 M., Ungen. durch H. Kaplan Martin 50 M., Fr. Gasterzh 100 M., H. Neumeier 5 M., durch die **Agentur der Liter. Anstalt** von Ungen. 3 M., 1 M., Ungenannt von Waldprechtsweier 1 M. 50 J., H. Vollmer 1 M., H. Roe 1 M., einem Dienstboten 2 M., G. K. 8 M., Ungen. 3 M.; durch Herrn Glasmaler **Drinneberg** von H. J. Hack 5 M.; durch den Kassier des Vereins Herrn Revisor **Kamp** von der Weinstube v. Sch. 2 M., H. Schieferdecker Voss 7 M. 15 J., Ungen. (M. u. W.) 1 M. und 2 M., Herrn Güterbestätter Rauch durch Verzicht auf ein Guthaben für geleistete Fuhren 10 M., H. Assistent Zahn 1 M., H. Pfarrer von Petersthal für einen Tauschein 60 J., Fr. Doll hier 5 M. Mit dem herzlichsten Danke für diese Gaben verbinden wir die Bitte, uns auch ferner bedenken zu wollen; jede, auch die geringste Gabe wird dankbarst angenommen.

Der Vorstand.

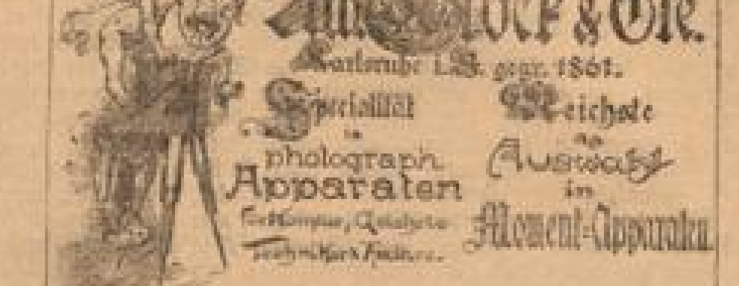
Bremer Lebensversicherungsbank Bremen

errichtet 1867.

Versicherungsbestand . . . . Mk. 47,000,000.
Vermögen . . . . 8,500,000.

Lebens-, Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen vermitteln die Vertreter und die Generalagentur 10.1

J. Friedrichs, Kriegsstraße 36.



Concert-Saal

Brauerei Schrempp, Waldstraße.

Karlsruher Colosseum,

jeden Tag Abends 8 Uhr beginnend,

Vorstellung von nur Künstler I. Ranges.

= Reichhaltiges, jeden Tag abwechselndes Programm. =

3 Alles Nähere durch die Plakate ersichtlich.

Beicht- und Kommunion-Zettel

mit **Ortsnamen** und **Jahreszahl,** auf **blauem** Papier Mark 2.—
" " " " **weißem** " " 2.—
" " ohne " " " " 1.50,
ohne " und " " " " 1.—,

pro 1000 Stück liefert schnellstens

Die Buchdruckerei der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe.

Wiener Schuhwaaren-Lager

S. Illig,

Kaiserstraße 199a,

Ecke der Waldstraße,

empfiehlt sein großes Lager in **allen Arten Schuhwaaren** in nur bester und gediegenster Waare zu den billigsten, aber festen Preisen:

Herren-Zug- und Schnürstiefel in prima Kalb-, Rind-, Chevreaux- und Lackleder, einfach- und doppelsohlig, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Herren-Jagdschnürstiefel, garantirt wasserdicht, bestes Fabrikat, von M. 12.— an.

Damen-Zug-, Knopf- und Schnürstiefel in allen Lederarten, niedere und hohe Absätze, breite und spitze Form der Sohlen, von M. 4.50 an.

Knaben-, Mädchen- und Kinder-Schuhe und **Stiefel** in allen Arten,

Ball- und Gesellschafts-Schuhe und **Stiefel** für Herren und Damen von den einfachsten bis zu den elegantesten Mustern.

Größte Auswahl in **Filz-, Tuch- und Pelz-Schuhwaaren** in nur bester Waare.

Gummischuhe, Turnschuhe, Gamaschen, Einlegesohlen, Zehenwärmer, Lacke, Ciderême, Schuhlöffel, Knöpfer und Stiefel-An- und Auszieher. 11

Reparaturen aller Art werden sofort gut und billigst besorgt.

— **Auswahlsendungen nach Auswärts werden prompt ausgeführt.** —

Ein fleißiges und gesetztes Mädchen von guter Herkunft, welches perfekt rechnen kann und willig arbeitet, wird als **Kassiererin** für eine größere Bahnhofrestauration gesucht. Familienbehandlung wird zugesichert und kann die Stellung sogleich angetreten werden. Offerten unter **Nr. 61** an die Expedition ds. Bl. 2.1

Eine gebildete Dame von 25—30 Jahren, katholisch, welche der französischen Sprache vollständig mächtig ist, sich gründlich auf Handnähen und Frisiren versteht, findet sofort Stellung als Kammerfrau bei einer Gräfin v. R. zur Zeit in Paris. Anfangsgehalt 600 Fres. nebst Reisevergütung. Nur Damen mit sehr guten Zeugnissen wollen ihre Offerten nebst Photographie an die Expedition dieses Blattes unter den Chiffern **C. & R.** schicken. 5

Lehrlingsgesuch.

Ein gutерzogener fleißiger Junge, welcher das **Tapezieregeschäft** erlernen will, findet auf Ostern oder früher Lehrstelle bei **Sebastian Münich, Tapezier, Hirschstraße 12.** 2

F. Bausback,

Weinhandlung,

Kontor: Amalienstraße 58, 2 Stock,

empfiehlt zum Fuhrbezug in- und ausländische Weine und sichert bei streng reeller Bedienung die billigsten Preisen zu.

Notirungen der Frankfurter Börse vom 26. Januar 1892.

Staatspapiere.

4 %	Deutsche Reichs-Anl. M.	107.6.90
3½ "	" " " "	99.40.30
3 "	" " " "	84.60.50
4 "	Preuss. Konsols "	106.80.
3½ "	" " "	99.50.20
3 "	" " "	84.70.60
4 "	Bayer. Abl.-Rente fl.	109.20.
4 "	Württ. Rente v. 85 u. 87 M.	—
4 "	Badische Obligationen fl.	105.60.50
4 "	" v. 1886	106.90.
4 "	Oest. E.-Sch. Gold Eisenb.	98.40.
4 "	" Goldrente fl.	96.50.40
4½ "	" Silberr. "	81.80.40
4½ "	" Papier. "	81.80.
4 "	Ungar. Goldrente "	93.20.40
5 "	" Papierrente	89.10.80

6 "	Russ. Gold-Anleihe fl.	100.80.
4 "	Span. ausl. Rente	63.7.
5 "	Italien. Rente	91.10.9
4 "	Serbien, Goldrente	85.40
5 "	Serbien, St. E. Hyp. Obg.	86.40.30
	Bank-Aktien.	
4½ %	Deutsche Reichsbank	145.—
4 "	Badische Bank	112.90
4 "	Darmstädter Bank	
5 "	Oest. Kreditb. (Ultimo)	262⅛.
4 "	Rhein.	116.95.80
4 "	Deutsche Bank	155.50.
4 "	Deutsche Union-Bank	87.40
	Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
4 %	Heidelberg-Speyer Thlr.	41.40.80
4 "	Hessische Ludwigsb.	112.50.
4 "	Ludwigsh.-Bexbach fl.	222.40.
4½ "	Pfälzer Maxbahn	142.80.70
4 "	" Nordbahn	116.—.
	Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.	
5 %	Albrecht S. W. 200 fl.	77
5 "	Oest.-Ung. St. 500 Fr.	259¾.90
5 "	Nordwestb. fl.	185¼.
5 "	Lit. B. Elbthal	205¼.
4 "	Schweiz. Centralb. Fr.	129.8.50
4 "	Gotthardbahn	139.30.10
	Prioritäten.	
5 %	Albrecht S. W. 300 fl.	89.50.
5 "	" in Gold 400 M.	—
3 "	Oesterr. Südbahn	103.80.70
3 "	" 1871	
5 "	Ung.-Staatsb. 1873	107.10.07
3 "	Staatsb. 1.—8. Em.	85.—
3 "	" 9. Em.	81.70.
3 "	" Ergänz.	81.50.
5 "	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold	107.8.
	Verzinsliche Anlehens-Loose.	
3½ %	Preuss. 100 Thlr.	—
3½ "	Köln-Mindener 100 Thlr.	133.—
4 "	Bayerische 100 Thlr.	144.20.10
4 "	Badische 100 Thlr.	139.—
4 "	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.	129.60
3 "	Oldenburger 40 Thlr.	127.90.
4 "	Oest. v. 1854 fl. W. 250 fl.	123.85.75
5 "	" v. 1860 fl. W. 500 fl.	125.20
	Unverzinsliche Anlehens-Loose.	
	Braunschweiger 20 Thlr.	105.4.90
	Augsburger 7 fl.	29.50.
	Ansbacher 7 fl.	43.80
	Meininger 7 fl.	27.50.40
	Pappenheimer	28.70.
	Freiburger 15 Fr.	29.50
	Mailänder 45 Fr.	43.—.
	" 10 Fr.	16.40.
	Wechsel. K. S.	
	Amsterdam 100 fl.	168.65.55
	Antwerpen 100 Fr.	80.90.85
	Schweiz 100 Fr.	80.75.
	Wien 100 fl. ö. W.	172.35.
	Paris 100 Fr.	81.05
	London	20.370.
	Pfandbriefe.	
4 %	Rhein. Hypothekenbank	100.40.30
3½ "	"	93.—.
4 "	Bayer.	101.40.
4 "	Württemb.	101.60.70
	Verfallene Coupons.	
	Oesterr. Papier	172.—.
	Amer. U. St. u. E. B.	4.17
	Goldsorten.	
	20-Franken-Stücke	16.19—16
	" in ½	16.17—13
	Dukaten	9.70——
	" al marco	9.75——
	Engl. Souvereigns	20.34—30
	Russ. Imperials	16.65—60
	Gold-Dollars	4.19—15
	Reichsbank-Diskonto	3 %
	Frankfurter Bank-Diskonto	3 %

Verantwortlich: Für den politischen und allgemeinen Theil: J. Kölliker. — Für den badischen und lokalen Theil: W. Häfner. — Für Landwirthschaft, Handel und Inserate: H. Vogel. — Sämmtlich in Karlsruhe.
Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. — Heinrich Vogel, Direktor.